



Protokoll

20. Sitzung des Landrates des Kantons Basel-Landschaft

Liestal, 21. Juni 2012

09.00 – 12.00 Uhr

Abwesend Vormittag:

Mall Caroline, Martin Sarah, Mohn Sabrina, Pfaff Thomas
und Straumann Dominik

Kanzlei

Achermann Alex

Protokoll:

Maurer Andrea, Engesser Michael und Klee Alex

Index

Mitteilungen	647
Traktandenliste	647
Dringliche Vorstösse	656
Persönliche Vorstösse	662

Traktanden

- 1 Wahl des Landratspräsidiums für das Amtsjahr vom 1. Juli 2012 bis 30. Juni 2013
gewählt Jürg Degen 647
- 2 Wahl des Regierungspräsidiums für das Amtsjahr vom 1. Juli 2012 bis 30. Juni 2013
gewählt Sabine Pegoraro 649
- 3 Wahl des Landratsvizepräsidiums für das Amtsjahr vom 1. Juli 2012 bis 30. Juni 2013
gewählt Marianne Hollinger 649
- 4 Wahl des Regierungsvizepräsidiums für das Amtsjahr vom 1. Juli 2012 bis 30. Juni 2013
gewählt Adrian Ballmer 649
- 6 Ersatzwahl eines Mitglieds der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission anstelle von Karl Willimann
gewählt Caroline Mall 650
- 7 Ersatzwahl von 3 Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission anstelle von Daniela Gaugler, Caroline Mall und Simon Trinkler
gewählt Karl Willimann, Urs Hess und Rahel Bänziger 650
- 8 2012/132
Berichte des Regierungsrates vom 8. Mai 2012 und der Petitionskommission vom 15. Mai 2012: 12 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen *beschlossen* 650
- 9 2012/014
Berichte des Regierungsrates vom 17. Januar 2012 und der Justiz- und Sicherheitskommission vom 1. Juni 2012: Teilrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes und des Gerichtsorganisationsdekretes; 2. Lesung *beschlossen (mit 4/5-Mehr)* 650
- 10 2012/080
Berichte des Regierungsrates vom 20. März 2012 und der Finanzkommission vom 12. Juni 2012: Staatsrechnung 2011 *beschlossen* 653
- 5 Wahl von 5 Mitgliedern des Büros des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2012 bis 30. Juni 2013
gewählt Mirjam Würth, Marie-Theres Beeler, Roman Klausser, Agathe Schuler und Daniela Gaugler 656
- 11 2012/136
Berichte des Regierungsrates vom 8. Mai 2012 und der Finanzkommission vom 12. Juni 2012: Nachtragskredite zum Budget 2012 *beschlossen* 657
- 12 2012/035
Berichte des Regierungsrates vom 7. Februar 2012 und der Finanzkommission vom 12. Juni 2012: Zwischenbericht über die Verhandlungen zwischen dem Regierungsrat und den Gemeinden über § 15a des Finanzausgleichsgesetzes *beschlossen* 660

Nicht behandelte Traktanden

- 13 2012/060
Berichte des Regierungsrates vom 14. Februar 2012 und der Bau- und Planungskommission vom 11. Juni 2012: Bauprojekt Gemeinde Laufen, Hochwasserschutz Birs; Projektierungskredit
- 14 2012/130
Postulat von Karl Willimann vom 3. Mai 2012: Mitgliedschaft von Basel-Landschaft bei Metrobasel überprüfen
- 15 2012/145
Motion von Balz Stückelberger vom 24. Mai 2012: Bündelung der Kräfte in der regionalen Zusammenarbeit - Kündigung der Mitgliedschaft bei metrobasel
- 16 2012/147
Interpellation von Georges Thüring vom 24. Mai 2012: Hat der Regierungsrat verantwortlich und verhältnismässig gehandelt!
- 17 2012/009
Interpellation von Hans Furer vom 12. Januar 2012: Nicht-ausschöpfen von Mitteln der Arbeitslosenversicherung für die Arbeitsmarktlichen Massnahmen im Kanton Basel-Landschaft. Schriftliche Antwort vom 13. März 2012
- 18 2010/029
Interpellation von Isaac Reber vom 14. Januar 2010: Wo steht die regionale Spitalpolitik?. Schriftliche Antwort vom 15. Mai 2012
- 19 2012/070
Motion von Klaus Kirchmayr vom 8. März 2012: Eignerstrategie für unsere Kantonsspitäler
- 20 2012/072
Motion von Klaus Kirchmayr vom 8. März 2012: Standesinitiative für eine Überprüfung des eidg. Krankenversicherungsgesetz
- 21 2011/366
Postulat von Klaus Kirchmayr vom 15. Dezember 2011: Vorwärtsstrategie in der Wirtschaftspolitik BL Teil 4: Entwicklung einer Immobilien-Strategie für die kantonseigenen Immobilien
- 22 2012/046
Postulat von Klaus Kirchmayr vom 9. Februar 2012: Prüfung einer Fusion von kantonalen Verkehrsunternehmen
- 23 2012/075
Interpellation von Christoph Buser vom 8. März 2012: Wärmerückgewinnung im Kanton Basel-Landschaft. Schriftliche Antwort vom 8. Mai 2012
- 24 2012/076
Interpellation von Elisabeth Augstburger vom 8. März 2012: Förderung von Trockenwiesen. Schriftliche Antwort vom 24. April 2012

25 2012/077

Interpellation von Stephan Nigg vom 8. März 2012: Realisierung Wildtierbrücke über die A2. Schriftliche Antwort vom 8. Mai 2012

26 2012/081

Interpellation von Jürg Wiedemann vom 8. März 2012: Nur 9 von 4000 Chemikalien sollen berücksichtigt werden. Schriftliche Antwort vom 8. Mai 2012

27 2012/096

Motion von Oskar Kämpfer vom 22. März 2012: "Regionalplanstelle"

28 2012/116

Interpellation der CVP/EVP-Fraktion vom 19. April 2012: Kantonsstruktur. Schriftliche Antwort vom 12. Juni 2012

Nr. 627

Begrüssung, Mitteilungen

Landratspräsident **Urs Hess** (SVP) begrüsst die Anwesenden zur letzten Sitzung des laufenden Amtsjahres. Speziell begrüsst er die Kantonsgerichts-Vizepräsidentin Christine Baltzer, welche Traktandum 9 vertreten wird.

Entschuldigungen

Mall Caroline, Martin Sarah, Mohn Sabrina, Pfaff Thomas und Straumann Dominik
RR Wüthrich Urs

Urs Hess berichtet, das Baselbiet stehe aus sportlicher Sicht vor der Stadt und vor Deutschland. Der *FC Landrat* sei nur durch ein unglückliches Tor in der letzten Minute durch die Mannschaft der Stadt Mühlhausen geschlagen worden, welche damit das Dreiländerturnier auf der Novartis-Sportanlage Hünningen/St. Johann gewann. Der FC Landrat belegte den guten zweiten Platz, zu welchem Urs Hess der Mannschaft gratuliert. Somit ist der FC Landrat für das Eidgenössische Parlamentarier-Turnier im August in Freiburg bestens gerüstet.

Der Landratspräsident stellt fest, in letzter Zeit seien die Wogen im Parlament teilweise etwas hoch gegangen und einige Meinungsverschiedenheiten seien über die Presse ausgetragen worden, anstatt das direkte Gespräch zu suchen. Er bittet die Ratsmitglieder jedoch, heute anständig und diszipliniert zu arbeiten, wie sich dies der Landrat gewohnt sei.

Die *MUBA-Sitzung 2013* findet nicht, wie ursprünglich angekündigt, am 7. März 2013 statt, sondern bereits am 28. Februar 2013.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) gibt an dieser Stelle die folgende *persönliche Erklärung* ab:

Geschätzter Landratspräsident, geschätzte Landrätinnen und Landräte

Es ist nicht zu verkennen, dass unser Baselbiet auf schwierige Gewässer zusteuert und entsprechende Unruhe entstanden ist. Das Aufkommen einer gewissen Nervosität hat auch vor diesem Saal nicht halt gemacht. Das spürt man beim Parlament ebenso wie bei der Regierung, die ich hier keineswegs ausnehmen will.

Die spürbare Besorgnis der Bevölkerung wie auch die ungewöhnliche Dimension der anstehenden Probleme – ich nenne nur die ungesunde Entwicklung des Kantons Haushalts und die anstehende Pensionskassenreform – verlangen von uns, von Regierung und Parlament, dass wir bereit sind, diese Aufgaben anzupacken und die uns übertragene Verantwortung wahrzunehmen: Gemeinsam, denn weder die Regierung noch das Parlament können alleine viel erreichen. Das wissen wir alle in diesem Saal.

Es nützt der Sache wenig, wenn wir uns gegenseitig den Schwarzen Peter zuschieben und die Verantwortlichkeit jeweils bei den anderen suchen. Und wir können die nicht alltäglichen Aufgaben auch nicht lösen, indem wir miteinander vor Gericht ziehen, wie dies derzeit gerade in besorgniserregend vielen Gemeinden geschieht.

Die anstehenden Herausforderungen für unseren Kanton können wir nur bewältigen, wenn wir sie gemeinsam annehmen, unsere ganze Energie in die Lösung dieser Probleme stecken und uns dabei ungeachtet von inhaltlichen Differenzen mit dem nötigen Respekt begegnen. Das ist es letztlich, was die Bevölkerung, die uns alle hier versammelten Volksvertreter gewählt hat, von uns erwartet. Nichts anderes.

[Diese Erklärung wird mit Beifall quittiert.]

://: Für die anstehenden Wahlen werden folgende Mitglieder ins *Wahlbüro* gewählt:

Rolf Gerber, Landeskanzlei
Daniela Gaugler (SVP)
Marie-Theres Beeler (Grüne)

://: Folgende *Stimmenzählerinnen* werden bestimmt:

Seite SP:	Agathe Schuler (CVP)
Seite FDP:	Mirjam Würth (SP)
Mitte/Büro:	Marianne Hollinger (FDP)

Für das Protokoll:

Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 628

Zur Traktandenliste

Keine Wortbegehren

Für das Protokoll:

Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 629

1 Wahl des Landratspräsidiums für das Amtsjahr vom 1. Juli 2012 bis 30. Juni 2013

Kathrin Schweizer (SP), Präsidentin der SP-Fraktion, freut sich, Jürg Degen als Präsidenten des Landrates vorschlagen zu dürfen. Seine Karriere im Kantonsparlament begann vor neun Jahren, seit fünf Jahren gehört er dem Büro des Landrates an und er war auch Mitglied verschiedener ständiger Kommissionen sowie Spezialkommissionen. Im laufenden Jahr amtierte er als Vizepräsident des Landrates und organisierte in dieser Funktion die Wortverteilung an den Sitzungen optimal. Jürg Degen ist dank seiner integren Persönlichkeit und seiner ausgleichenden, vermittelnden Art prädestiniert, den Landrat als Ganzes zu vertreten. Er ist der Brückenbauer, welcher dafür sorgen kann, dass die Gräben zwischen den einzelnen Fraktionen und Flügeln nicht weiter aufgehen. Kathrin Schweizer bittet den Landrat um die Unterstützung von Jürg Degens Wahl.

Thomas Weber (SVP) bezeichnet die heutige Wahlsitzung als wichtig. Dabei ist es entscheidend zu zeigen, dass der Landrat im Sinne von Regierungsrat Isaac Rebers Votum konstruktiv zusammenarbeiten will. Die SVP-Fraktion unterstützt Jürg Degens Nomination sowie sämtliche übrigen Nominierungen vorbehaltlos. Es geht darum, mit denjenigen Kräften, welche bereit sind, sich für den Kanton Basel-Landschaft einzusetzen, gut und sinnvoll zusammenzuarbeiten.

[Die Stimmzettel werden verteilt und anschliessend vom Wahlbüro ausgezählt.]

Landratspräsident **Urs Hess** (SVP) gibt das Wahlergebnis bekannt.

Zahl der Stimmberechtigten:	90
Zahl der eingelegten Wahlzettel:	85
Zahl der leeren Wahlzettel:	0
Zahl der ungültigen Wahlzettel:	0
Zahl der gültigen Stimmen:	85
Absolutes Mehr:	43

://: Gewählt ist mit 85 Stimmen: Jürg Degen (SP).

Landratspräsident **Urs Hess** (SVP) gratuliert Jürg Degen zu diesem Glanzresultat. Er begrüsst die 5. Klasse der Primarschule Itingen mit ihrem Lehrer Thomas Weisskopf im Landratssaal. Sie werden dem neu gewählten Landratspräsidenten ein Ständchen bringen.

[Musikalischer Beitrag der Primarschule Itingen]

Der Itinger Gemeindepräsident **Martin Mundwiler** gratuliert Jürg Degen im Namen des Gemeinderates und der Itinger Bevölkerung zu seinem super Wahlergebnis. Die Gemeinde ist stolz, dass während dem nächsten Amtsjahr der höchste Baselbieter aus Itingen stammen wird. Dies war in der Dorfgeschichte erst einmal der Fall, vor 35 Jahren mit Peter Buess. Das Dorf Itingen steht ab heute im politischen Mittelpunkt des Baselbiets. Mit Jürg Degens Wahl zum Landratspräsidenten werden sich einige Veränderungen in dessen Alltag ergeben. Nebst dem Vorbereiten von Traktandenlisten und Sitzungen sowie der Sitzungsleitung wird Jürg Degen das Baselbiet nach aussen vertreten. Martin Mundwiler zeigt sich überzeugt, dass Jürg Degen dieses verantwortungsvolle Amt gut meistern und unseren Kanton mit Geschick und dem nötigen Humor bestens vertreten wird. Er wünscht Jürg Degen viel Freude, Kraft und gute Gesundheit.

Im Namen des Gemeinderates und des Organisationskomitees des Landratspräsidentenfestes ist es Martin Mundwiler eine Ehre, die Anwesenden für heute Abend nach Itingen ans Fest zu Ehren von Jürg Degen einzuladen. Schon jetzt freut er sich auf ein würdiges Fest mit vielen Attraktionen.

Der neue gewählte Landratspräsident **Jürg Degen** (SP) äussert sich wie folgt:

Vor etwa 45 Jahren sass ich regelmässig als junger Gymnasiast auf der Zuschauertribüne des Landratssaales und ich hätte mir nichts Schöneres vorstellen können, als selbst einmal im Landrat zu sitzen. Dass ich jetzt, Jahrzehnte später, sogar den Baselbieter Landrat für ein Jahr

präsidieren kann, hätte ich mir auch in den kühnsten Träumen nie vorstellen können. Ich danke Ihnen allen von ganzem Herzen für die überzeugende Wahl. Dieses Resultat ist eine Herausforderung und ich werde mich bemühen, die hohen Erwartungen zu erfüllen. Vor meiner Aufgabe habe ich grossen Respekt. Während einem Jahr werde ich das Parlament präsidieren und das Baselbiet bei vielen Gelegenheiten repräsentieren. Diese Herausforderung nehme ich mit grosser Freude an und werde alles daran setzen, diese ehrenvolle Aufgabe mit Herz und Verstand und hoffentlich immer im Interesse unseres Kantons zu erfüllen.

Ich zitiere aus der Basler Zeitung vom 27. Mai 2012: *“Harsche Töne, raues Klima”*, so war ein Artikel überschrieben. Illustriert war der Artikel mit einem grossen Comic-Bild aus einem Asterix-Band. Darauf ist eine Massenschlägerei dargestellt und der Artikel endet wie folgt: *“Eine politische Ausmarchung der Fusionsfrage würde zu einer üblen Keilerei im gallischen Dorf führen. Im Moment bezieht vor allem Cäsar Prügel, dann aber würden Schmied und Fischhändler aufeinander losdreschen.”* Welche römische oder gallische Rolle mir als Landratspräsidenten in diesem Polit-Hickhack zugeteilt ist, stand nicht im Artikel. Ich sehe meine Aufgabe eher darin, eine mögliche, üble Keilerei – falls es eine solche überhaupt geben sollte – auf einen rein verbalen Schlagabtausch einzuschränken.

Ich danke meinem Vorgänger und Noch-Präsidenten Urs Hess. Wir haben uns in diesem Jahr besonders gut verstanden. Ein wenig bedaure ich es, dass die Zusammenarbeit in dieser Form nun ein Ende hat. Ich glaube jedoch, dass wir uns auch in Zukunft freundschaftlich verbunden bleiben.

Besonders danken möchte ich aber auch der Sozialdemokratischen Fraktion im Landrat, welche mich einstimmig zu diesem Amt nominierte. Wenn ich die Namen der sozialdemokratischen Landratspräsidentinnen und –präsidenten der letzten Zeit vor mir sehe, ist es für mich zusätzlich eine besondere Ehre, nun auch zu ihnen gehören zu dürfen.

Ich danke auch der Einwohnergemeinde Itingen mit ihrem Gemeindepräsidenten Martin Mundwiler. Das ganze Dorf hat sich für das heute geplante Fest zurechtgemacht. Ich habe in den letzten Wochen sehr viel Unterstützung gespürt. Die Grosszügigkeit der Bevölkerung hat mich tief berührt. Ich hoffe, Sie alle können heute Abend am Fest dabei sein.

Euch, liebe Schülerinnen und Schüler mit eurem Lehrer Thomas Weisskopf, danke ich besonders für den tollen Auftritt. Als Lehrer ist es mir besonders wichtig, auch die Jugend im Landratssaal begrüssen zu dürfen. Die Zukunft liegt in euren Händen: im Dorf, aber auch im Kanton.

Zum Schluss danke ich meiner Familie: meiner Frau Regula und meinen Kindern Lisa, Florian und Silvan. Sie haben mich immer unterstützt, aber auch herausgefordert. Ich freue mich sehr, dass ihr alle politisch interessiert seid und den Mut zu einer eigenen politischen Meinung habt. Genauso habe ich es auch in meinem Elternhaus erlebt. Ich danke daher auch meinen Eltern dafür, mir gezeigt zu haben, dass es selbstverständlich ist, Verantwortung zu übernehmen und dass es wertvoll ist, sich für das Gemeinwohl einzusetzen. Mein Vater verstarb kurz vor meinem Amtsantritt als Landrat, meine Mutter nimmt mit ihren 87 Jahren aber umso mehr regen Anteil an meiner politischen Arbeit.

Liebe Anwesende, nach der Sommerpause werden wir uns wieder an die Arbeit machen. Ich hoffe, wir werden dies mit gegenseitigem Respekt tun. Unserem Kanton gegenüber haben wir eine grosse Verantwortung und wir werden nur tragfähige Lösungen finden, wenn wir bereit sind, aufeinander zuzugehen und wertschätzend miteinander umzugehen. Ich freue mich auf diese Zusammenarbeit und in diesem Sinne noch einmal: Herzlichen Dank!

Für das Protokoll:
Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 630

2 Wahl des Regierungspräsidiums für das Amtsjahr vom 1. Juli 2012 bis 20. Juni 2013

Der FDP-Fraktionspräsident **Rolf Richterich** (FDP) freut sich, dem Landrat Sabine Pegoraro als Regierungspräsidentin vorschlagen zu dürfen. Seit neun Jahren ist sie bereits Regierungsrätin und seit einem Jahr amtiert sie als Vorsteherin der Bau- und Umweltschutzdirektion. Sie konnte sich während des vergangenen Jahres in ihrer neuen Direktion einarbeiten und steht nun für die zusätzlichen Aufgaben als Regierungspräsidentin bereit. Die FDP würde sich sehr freuen, wenn der Landrat ihrer Empfehlung folgen würde.

[Die Stimmzettel werden verteilt und vom Wahlbüro ausgezählt.]

Landratspräsident **Urs Hess** (SVP) gibt folgendes Wahlergebnis bekannt:

Zahl der Stimmberechtigten:	90
Zahl der eingelegten Wahlzettel:	85
Zahl der leeren Wahlzettel:	9
Zahl der ungültigen Wahlzettel:	0
Zahl der gültigen Stimmen:	76
Absolutes Mehr:	39

://: Gewählt ist mit 74 Stimmen: Sabine Pegoraro (FDP).

Weitere Stimmen erhalten haben:
Andere 2

Landratspräsident **Urs Hess** (SVP) gratuliert Sabine Pegoraro zu ihrer Wahl als Regierungspräsidentin.

Für das Protokoll:
Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 631

3 Wahl des Landratsvizepräsidiums für das Amtsjahr vom 1. Juli 2012 bis 30. Juni 2013

FDP-Fraktionspräsident **Rolf Richterich** (FDP) freut sich, dem Landrat Marianne Hollinger für das Vizepräsidium

des Landrates im nächsten Amtsjahr vorschlagen zu dürfen. Marianne Hollinger gehört seit mittlerweile sechs Jahren dem Landrat an, seit einigen Jahren auch als Büromitglied. Daneben übt sie in Aesch das Amt der Gemeindepräsidentin aus und scheinbar habe sie keine Probleme damit, Sitzungen zu leiten. Ebenfalls ist sie es sich von den Gemeindeversammlungen her gewohnt, jemandem das Wort zu erteilen. Sie bringt damit die idealen Voraussetzungen als Landrats-Vizepräsidentin mit. Rolf Richterich hofft, sie werde die Stimme aller Ratsmitglieder erhalten.

[Die Stimmzettel werden verteilt und vom Wahlbüro ausgezählt.]

Nach Auszählung der Wahlzettel gibt Landratspräsident **Urs Hess** (SVP) folgendes Ergebnis bekannt:

Zahl der Stimmberechtigten:	90
Zahl der eingelegten Wahlzettel:	85
Zahl der leeren Wahlzettel:	7
Zahl der ungültigen Wahlzettel:	0
Zahl der gültigen Stimmen:	78
Absolutes Mehr:	40

://: Gewählt ist mit 69 Stimmen: Marianne Hollinger (FDP).

Weitere Stimmen erhalten haben:
Andere 9

Der Landratspräsident gratuliert Marianne Hollinger zu ihrer Wahl.

Für das Protokoll:
Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 632

4 Wahl des Regierungsvizepräsidiums für das Amtsjahr vom 1. Juli 2012 bis 30. Juni 2013

FDP-Fraktionspräsident **Rolf Richterich** (FDP) schlägt dem Landrat Regierungsrat Adrian Ballmer als Vizepräsidenten des Regierungsrates vor. Er gehört der Regierung seit mittlerweile 12 Jahren an und war zuvor während langer Zeit Landrat. Das Amt des Vizepräsidenten wird er nicht zum ersten Mal ausüben, denn mittlerweile ist er der Erfahrenste im Regierungsteam. Die Rolle des Vizepräsidenten und dann auch des Präsidenten wird Adrian Ballmer sicherlich ausfüllen können.

[Die Stimmzettel werden verteilt und vom Wahlbüro ausgezählt.]

Nach Auszählung der Wahlzettel gibt Landratspräsident **Urs Hess** (SVP) folgendes Ergebnis bekannt:

Zahl der Stimmberechtigten: 90
 Zahl der eingelegten Wahlzettel: 85
 Zahl der leeren Wahlzettel: 29
 Zahl der ungültigen Wahlzettel: 2
 Zahl der gültigen Stimmen: 54
 Absolutes Mehr: 28

://: Gewählt ist mit 49 Stimmen: Adrian Ballmer (FDP).

Weitere Stimmen erhalten haben:
 Andere 5

Landratspräsident **Urs Hess** (SVP) gratuliert Adrian Ballmer zu seiner Wahl als Vizepräsident des Regierungsrates.

Für das Protokoll:
 Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 633

6 Ersatzwahl eines Mitglieds der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission anstelle von Karl Willimann

://: In Stiller Wahl gewählt wird Caroline Mall (SVP).

Für das Protokoll:
 Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 634

7 Ersatzwahl von 3 Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission anstelle von Daniela Gaugler, Caroline Mall und Simon Trinkler

://: In Stiller Wahl gewählt werden: Urs Hess (SVP), Karl Willimann (SVP) und Rahel Bänziger (Grüne).

Für das Protokoll:
 Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 635

8 2012/132 Berichte des Regierungsrates vom 8. Mai 2012 und der Petitionskommission vom 15. Mai 2012: 12 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen

Kommissionspräsident **Hans Furer** (glp) berichtet, die Petitionskommission beantrage dem Landrat einstimmig, die vorliegenden Einbürgerungsgesuche zu genehmigen.

://: Der Landrat stimmt den Einbürgerungen mit 65:6 Stimmen bei 10 Enthaltungen zu. Er erteilt den Bewerberinnen und Bewerbern damit das Kantonsbürgerrecht und setzt die Gebühren gemäss den Regierungsrätlichen Vorschlägen fest.
 [Namenliste einsehbar im Internet; 09.17]

Für das Protokoll:
 Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 636

9 2012/014

Berichte des Regierungsrates vom 17. Januar 2012 und der Justiz- und Sicherheitskommission vom 1. Juni 2012: Teilrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes und des Gerichtsorganisationsdekretes; 2. Lesung

Kommissionspräsident **Werner Rufi** (FDP) will an dieser Stelle noch einmal zwei Punkte speziell hervorheben: Mit der aktuellen Teilrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes sollen Gerichtsstrukturen neu gestaltet werden, eine Umsetzung soll möglichst bald erfolgen. Das Inkrafttreten wird durch die Regierung beschlossen, dies in Absprache mit der Geschäftsleitung des Kantonsgerichts. Im Hinblick auf die Nachzahlungspflicht ist eine möglichst frühe Umsetzung wichtig.

Im Rahmen der Kommissionsberatung wurde die Änderung von § 3 des Gerichtsorganisationsdekretes gestrichen, da erst am letzten Wochenende eine Volksabstimmung betreffend Zusammenlegung der Bezirksgerichte stattfand. Diese wurde inzwischen angenommen und es sollen nun noch die entsprechenden Fristen abgewartet werden, um Kollisionen zu vermeiden. § 3 ist also nach wie vor von der Teilrevision ausgenommen.

– 2. Lesung der Änderung des Gesetzes über die Organisation der Gerichte (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG)

Titel und Ingress *keine Wortbegehren*

I. *keine Wortbegehren*

§ 4 Titel *keine Wortbegehren*

§ 4 Absätze 1^{bis} und 3 *keine Wortbegehren*

Untertitel nach § 7 *keine Wortbegehren*

§ 8 Absätze 2 und 3 *keine Wortbegehren*

§ 9 Titel *keine Wortbegehren*

§§ 10 bis 12 *keine Wortbegehren*

§ 13

Karl Willimann (SVP) beantragt, auf die neue Funktion des Ersten Gerichtsschreibers zu verzichten. In der Vernehmlassung bemerkten beinahe sämtliche Parteien, dass die Geschäftsleitung der Gerichte nicht zwei Personen benötigt, welche von Gesetzes wegen regelmässig an den Sitzungen der Leitung teilnehmen. Auch merkten die Parteien an, dass mit dem Ersten Gerichtsschreiber eine neue Funktion geschaffen würde, auch wenn dies bestritten wird. Es ist kein Zufall, dass der heutige Leitende Gerichtsschreiber, welcher als normaler Gerichtsschreiber tätig ist, neu Erster Gerichtsschreiber heissen soll. Mit dieser neuen Beschreibung seiner Funktion wird eine zusätzliche Stabsstelle geschaffen, welche Aufgaben erledigen soll, von denen man meint, der bisherige Gerichtsschreiber könne ihnen nicht gerecht werden. Karl Willimann kennt kein Gremium in unserem Kanton, welches permanent über zwei Aktuarre verfügen würde.

Am letzten Wochenende fand eine Volksabstimmung über Entlastungsmassnahmen der Kantonsfinanzen und über die Neuorganisation der Gerichte statt und gemäss Regierung werden nun Sparvorschläge erwartet. Seinen Antrag bezeichnet Karl Willimann als Sparvorschlag, welcher dem Kanton nicht zu vernachlässigende Einsparungen bringen wird.

Karl Willimann beantragt, auf den "Ersten Gerichtsschreiber" in der Gesetzesformulierung zu verzichten, denn der Kanton müsse sparen und das Notwendige vom Wünschbaren abgrenzen. Noch einmal verweist er auf die Vernehmlassung, in deren Rahmen sämtliche Parteien in ihren Empfehlungen festhielten, man solle sich auf eine Stelle beschränken.

Regula Meschberger (SP) bittet ihre Kolleginnen und Kollegen darum, Karl Willimanns Antrag abzulehnen. Im Grunde genommen bedeute der vorgeschlagene § 13 eine Abänderung des bisherigen § 12, wonach der Leitende Gerichtsschreiber oder die Leitende Gerichtsschreiberin Einsitz nimmt in der Geschäftsleitung mit beratender Stimme und Antragsrecht. Ausser der Bezeichnung für den Leitenden Gerichtsschreiber oder die Leitende Gerichtsschreiberin wird also nichts geändert. Es handelt sich dabei auch nicht um eine Luxuslösung, denn es werden Synergien geschaffen. Das Schlimmste wäre, Leute von den Sitzungen auszuschliessen, welche nachträglich informiert werden müssen. Die vorgeschlagene Lösung ist sinnvoll und entspricht dem Informationsbedürfnis und der Informationspflicht aller.

Auch **Siro Imber** (FDP) erklärt, seine Fraktion lehne den Antrag ab. Eine gewisse Organisationsautonomie müsse den Gerichten überlassen werden, es liege nicht am Landrat zu bestimmen, wer an welchen Sitzungen teilnehmen darf. Die Gerichte haben sich bewusst für einen Ökonomen als Justizverwalter entschieden, zur Beantwortung juristischer Fragestellungen soll daher der Erste Gerichtsschreiber der Geschäftsleitung angehören. Er oder Sie soll an den Sitzungen teilnehmen und so direkt hören, welche Abklärungen beispielsweise vorzunehmen sind. Die Aufgaben können auf diese Weise effizienter gelöst werden, als wenn der Erste Gerichtsschreiber oder die Gerichtsschreiberin nach der Sitzung separat informiert werden müsste. Gemäss Aussagen von Christine Baltzer anlässlich der ersten Lesung wird die neue Bezeichnung "Erster Gerichtsschreiber" keine Änderung der Lohnklasse zur Folge haben.

Es sind also weder Einsparungen noch Mehrkosten zu erwarten.

Klaus Kirchmayr (Grüne) lehnt Karl Willimanns Antrag im Namen der Grünen Fraktion ebenfalls ab. In der Vernehmlassung äusserte sich seine Fraktion diesbezüglich zwar skeptisch, das Thema wurde jedoch anlässlich der Kommissionsberatung intensiv hinterfragt und es wurde glaubhaft und doppelt von unabhängiger Seite versichert, dass keine Mehrkosten entstehen werden. Die Grünen zeigen sich daher erstaunt, mit welchem parlamentarischen Aufwand nun die Umbenennung einer Stelle verhindert werden soll. Da nach der Überprüfung in der Kommission keine sachlichen Gründe gegen die Umbenennung in "Erster Gerichtsschreiber" vorliegen, lehnen die Grünen den aktuellen Antrag wie gesagt ab.

Sara Fritz (EVP) gibt bekannt, die CVP/EVP-Fraktion werde den SVP-Antrag unterstützen, denn die vorgeschlagene Regelung entspreche einer Luxuslösung. Man wolle keine weiteren Kosten generieren, sondern sparen. In der Geschäftsleitung der Gerichtsverwaltung brauche es keinen juristischen Sekretär, wenn sämtliche Mitglieder der Geschäftsleitung so oder so Juristen sind.

Hanspeter Kumli (BDP) informiert, die BDP/glp-Fraktion werde Karl Willimanns Antrag vollumfänglich unterstützen.

Kantonsgerichts-Vizepräsidentin **Christine Baltzer** bittet den Landrat, wie bereits anlässlich der ersten Lesung, gemäss Kommissionsfassung abzustimmen. Es gehe hier nicht um eine neue Funktion, sondern einzig um eine Umbenennung, weil im allgemeinen Sprachgebrauch der Gerichte der Leitende Gerichtsschreiber eine Abteilung leitet. Es gehe darum weiterzuführen, was bereits seit zehn Jahren praktiziert werde. Der Erste oder Leitende Gerichtsschreiber erfüllt andere Aufgaben als die übrigen Gerichtsschreiber, eine Luxuslösung jedoch sei dies nicht. Bei der Regierung nehmen ebenfalls der Landschreiber und die zweite Landschreiberin an den Sitzungen teil, weil sie andere Aufträge erhalten. Selbstverständlich sind die Gerichtspräsidien in der Geschäftsleitung Juristen, jedoch erledigen sie nicht alle Aufträge. Als Beispiel nennt Christine Baltzer das Erlassen von Weisungen an die Bezirksgerichte oder das Ausarbeiten von Vorlagen und Vernehmlassungen. Neben Rechtsprechung und anderen Aufgaben bleibt den Gerichtspräsidien keine Zeit, auch noch Vorlagen zu erarbeiten. Würde der Erste Gerichtsschreiber nicht an den Sitzungen teilnehmen, müsste er oder sie die genannten Aufgaben trotzdem erfüllen, er oder sie müsste jedoch zusätzlich informiert werden.

Christine Baltzer bittet den Landrat eindringlich, die vorgeschlagene Regelung zu verabschieden. Einverstanden zeigt sich die Geschäftsleitung des Kantonsgerichts damit, das vorgebrachte Anliegen im Zusammenhang mit der Bereinigung der Statusfrage noch einmal zu diskutieren.

Kommissionspräsident **Werner Rufi** (FDP) verweist auf die Kommissionsberatung und betont, die Regelung in § 13 betreffend Erster Gerichtsschreiber diene der Effizienzsteigerung. Er ist der Meinung, dies werde nicht zu Mehrkosten führen. Die Kommission werde das Anliegen im Auge behalten und zudem werde die zur Zeit stattfindende Strukturreform diesen Aspekt noch näher beleuchten.

ten. Die jetzigen Lösung kann durchaus unterstützt werden. Den Leitenden Gerichtsschreiber dürfe man nicht mit dem Justizverwalter verwechseln. Die vorgeschlagene Regelung erachtet Werner Rufi als angemessen.

Karl Willimann (SVP) fragt, ob in der Kommission die Frage diskutiert worden sei, ob die vorgeschlagene Namensänderung zu "Leitender Gerichtsschreiber" zu einer Änderung der Lohnklasse führen wird.

Werner Rufi (FDP) bejaht diese Frage. Ausserdem werde das Thema auch im Kommissionsbericht erwähnt. De Facto wird mit der Umbenennung in Erster Gerichtsschreiber sogar eine Rückstufung der Kompetenzen des Leitenden Gerichtsschreibers vorgenommen. Es werden keine Mehrkosten entstehen. Das Thema wurde auch mit den Verantwortlichen des Personalamtes geklärt.

://: Mit 39:45 Stimmen bei 1 Enthaltung wird Karl Willimanns Antrag betreffend Streichung des Ersten Gerichtsschreibers aus § 13 abgelehnt.
[Namenliste einsehbar im Internet; 09.33]

§§ 14 und 15 *keine Wortbegehren*

§ 32 Absatz 1 Einleitungssatz und Buchstabe a *keine Wortbegehren*

§ 34 Absatz 2^{bis} *keine Wortbegehren*

§ 47 Absatz 3 *keine Wortbegehren*

Untertitel vor § 52 *keine Wortbegehren*

§ 53a Nachzahlungspflicht *keine Wortbegehren*

II. *keine Wortbegehren*

§ 71 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 3 *keine Wortbegehren*

§ 72 Absatz 2 *keine Wortbegehren*

III. *keine Wortbegehren*

§ 8 Absatz 4 *keine Wortbegehren*

§ 20 Absatz 1 *keine Wortbegehren*

§ 30 Absatz 2 *keine Wortbegehren*

IV. *keine Wortbegehren*

§ 1 Absatz 3 Buchstabe h und Absatz 4 *keine Wortbegehren*

§ 7 Absatz 2 Einleitungssatz *keine Wortbegehren*

V. *keine Wortbegehren*

VI. *keine Wortbegehren*

– *Rückkommen wird nicht verlangt.*

– *Schlussabstimmung zur Änderung des Gerichtsorganisationsgesetzes*

://: Mit 78:1 Stimmen bei 1 Enthaltung stimmt der Landrat der Änderung des Gerichtsorganisationsgesetzes zu. Das 4/5-Mehr ist damit erreicht.
[Namenliste einsehbar im Internet; 09.34]

– *Detailberatung Änderung des Dekrets zum Gesetz über die Organisation der Gerichte (Gerichtsorganisationsdekret, GOD)*

Titel und Ingress *keine Wortbegehren*

I. *keine Wortbegehren*

§ 1 Absätze 1 und 6 *keine Wortbegehren*

Untertitel vor § 2 *keine Wortbegehren*

§ 2 Absätze 5 und 6 *keine Wortbegehren*

§ 7 *keine Wortbegehren*

II. *keine Wortbegehren*

– *Rückkommen wird nicht verlangt.*

– *Schlussabstimmung zur Änderung des Gerichtsorganisationsdekrets*

://: Der Landrat verabschiedet die Änderung des Gerichtsorganisationsdekrets mit 80:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen.
[Namenliste einsehbar im Internet; 09.35]

Die Justiz- und Sicherheitskommission beantragt schliesslich, die Postulate 2010/251 und 2009/151 abzuschreiben.

Rosmarie Brunner (SVP) informiert, die SVP-Fraktion spreche sich gegen die Abschreibung der beiden Postulate 2010/251 und 2009/151 aus, denn die beiden Postulate seien zu wenig gut hinterfragt und zu einseitig beantwortet worden.

Regula Meschberger (SP) bittet den Landrat darum, die beiden Postulate abzuschreiben, denn es sollen nicht ständig Postulate weiter in der Schublade aufbewahrt werden, insbesondere nicht im aktuellen Fall, in welchem bereits eine weitere Vorlage angekündigt wurde. In diesem Zusammenhang können die noch offenen Fragen erneut gestellt und geprüft werden.

Sara Fritz (EVP) schliesst sich Rosmarie Brunner an und erklärt, auch die CVP/EVP werde die Postulate nicht abschreiben.

Siro Imber (FDP) ist der Ansicht, die in den Postulaten aufgeworfenen Fragen würden im Zusammenhang mit der bald vorliegenden Vorlage zur Frage des Vollamtes eingehendst beleuchtet. Es mache daher keinen Sinn, die Postulate noch stehen zu lassen.

://: Mit 46:38 Stimmen beschliesst der Landrat, die Postulate 2010/251 und 2009/151 abzuschreiben.
[Namenliste einsehbar im Internet; 09.38]

Beilage 1 (Gesetzes- und Dekretsänderung)

Für das Protokoll:
Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 637

10 2012/080

Berichte des Regierungsrates vom 20. März 2012 und der Finanzkommission vom 12. Juni 2012: Staatsrechnung 2011

Kommissionspräsident **Marc Joset** (SP) fasst den [Kommissionsbericht](#) unter speziellem Verweis auf die Kapitel bzw. Themen *Rechnungsabschluss 2011, Eintreten, Berichte der Finanzkontrolle und Prüfungsberichte der Subkommissionen* zusammen.

Die Erklärungen von Seiten VGD zur Staatsrechnung hätten vielleicht im Kommissionsbericht besser berücksichtigt werden können. Aber das Fazit der zuständigen Subkommission ist in der Finanzkommission selbst, welche diese Antworten kannte, unwidersprochen gutgeheissen worden.

Dem unveränderten Entwurf des Landratsbeschlusses möge zugestimmt werden.

– *Eintretensdebatte*

Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) weist zunächst auf das Defizit von CHF 96,5 Millionen beim operativen Ergebnis hin. Das sind CHF 18,6 Millionen mehr als budgetiert und also schon zum dritten Mal hintereinander keine schwarzen Zahlen in der wenigstens defizitbremsenkonformen Staatsrechnung. Vielmehr sind 2011 dem Eigenkapital CHF 60 Millionen zur Beschönigung des Rechnungsabschlusses entnommen worden und hat man also auf Pump gelebt bzw. «an der Substanz genagt». Dies belegt auch der Selbstfinanzierungsgrad von -6,9%. Solche Zahlen sind aufgrund der Budgetierung nicht überraschend, aber ungemütlich, denn die wirtschaftlichen Voraussetzungen für schwarze Zahlen wären eigentlich gegeben.

Mit den Rückstellungen von CHF 48,5 Millionen für die Ausfinanzierung der Pensionskasse des Kantons Baselland ist die Fraktion des Votanten einverstanden, auch wenn dieser Betrag angesichts des schliesslich benötigten Betrags nicht mehr als «ein Tropfen auf den heissen Stein» ist. Die Verpflichtungen gegenüber der Pensionskasse des Kantons werden ohnehin ein Thema für die nächsten Monate sein, und hoffentlich ist sich der Landrat inzwischen der Grösse des Geschäfts bewusst.

Durch die entsprechende Aufwertung des Verwaltungsvermögens um CHF 232 Millionen ist das Eigenkapital erhöht worden. In der Folge ist das [EP 12/15](#) in den Augen der «Sparunwilligen» ein Etikettenschwindel, da man sich – scheinbar – in Sicherheit wiegen kann, aber dennoch ist die finanzielle Situation des Kantons nach wie vor besorgniserregend. Demgegenüber ist immerhin die Erhöhung des Steuerertrags um CHF 46 Millio-

nen zu loben – wie auch der Umfang der Bruttoinvestitionen von rund CHF 420 Millionen, wobei die Übernahme der Sekundarschulbauten CHF 197 Millionen davon ausmachen.

2011 ist wie erwartet, aber nicht zufriedenstellend verlaufen. Steuererhöhungen sind – im Gegensatz zu den «wirtschaftspolitischen Perspektiven» des Regierungsrats – für den Ausgleich der Staatsfinanzen abzulehnen, während das EP 12/15 mit seinen direktionsübergreifenden Massnahmen wie auch mit seinen Einzelmassnahmen so weit wie noch möglich umzusetzen ist. Die Aussichten für die Laufende Rechnung lassen u.a. wegen höherer Kosten für das Gesundheitswesen keine andere Wahl zu. Es wäre zu hoffen, dass sich der Landrat seiner Verantwortung bewusst wird und entsprechend handelt. Steuererhöhungen, die die Attraktivität des Kantons verschlechtern, nützen niemandem etwas.

Der Staatsrechnung 2011 möge mit dem Dank an die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung für deren geleistete, gute Arbeit zugestimmt werden.

Ruedi Brassel (SP) fragt sich, ob es sich bei der Staatsrechnung 2011 tatsächlich um eine Punktlandung handle. 2010 ist zwar ein Budget mit einem Defizit von CHF 17,9 Millionen bewilligt worden, in dem allerdings Posten gefehlt haben, die nun in der Rechnung aufgeführt werden. Sicher ist es nicht schön, wenn die Rechnung mit einem Defizit von CHF 96 Millionen beim operativen Ergebnis abgeschlossen wird, aber auch dieser Umstand muss genau betrachtet werden. Dabei stellte sich das Budget sowohl hinsichtlich Erträge als auch bzgl. Aufwendungen (u.a. Rückstellungen) sehr viel schlechter dar als die jetzige Rechnung. Gerade die Mehreinnahmen beweisen, dass man in diesem Bereich Fortschritte gemacht hat.

Bemerkenswert ist, dass die Personalkosten nicht nur tiefer als budgetiert sind, sondern theoretisch auch tiefer als im Jahr 2010. Insofern ist dem Personal der Dank für dessen gute Arbeit in einem schwierigen Umfeld (EP 12/15, Sanierung PK) auszusprechen.

Es gilt, auch in Zukunft das Investitionsvolumen zu steigern, um so mehr Impulse und qualitatives Wachstum auszulösen. Damit werden allerdings Personalressourcen gebunden, weshalb nicht ständig das Argument von Kosteneinsparungen durch Stellenstreichungen vorgebracht werden soll. Der Kanton darf nicht schlechter dargestellt werden, als er tatsächlich ist, auch wenn gewisse Probleme bestehen mit Altlasten, Pensionskasse etc.

Die Entnahme aus dem Eigenkapital war nötig, weil die Einhaltung des Budgets nur so möglich war. Da dies keine Lösung für die Zukunft ist, sind weitere Massnahmen nötig. Bei den Gegnern des EP 12/15 handelt es sich nicht um Sparunwillige. Die Kritik am EP 12/15 entstand vielmehr aufgrund von verdeckten, spezifischen Steuererhöhungen. Diese wie auch andere Fragen müssen genauer geklärt werden: Lieber eine offene, für alle wirksame Steuererhöhung als eine solche, die sich gegen bestimmte Gruppen richtet.

In diesem Sinn tritt die Fraktion des Votanten ein auf die Vorlage und stimmt sie dem Antrag der Kommission zu.

Laut **Marianne Hollinger** (FDP) will ihre Fraktion die Staatsrechnung 2011 einstimmig genehmigen. Die Rednerin verweist auf eine schwierige Lage bei den Finanzen, wobei sich nach drei Defiziten – vor Entnahmen aus dem

Eigenkapital – ein Minus von CHF 210 Millionen aufsummiert hat. Die Aussagen von Hans-Jürgen Ringgenberg unterstützend, ist auch für die Votantin die Situation besorgniserregend, wobei in ihren Augen die Defizite nur wegen der Entnahmen aus den Konjunkturschwankungsreserven einigermaßen erträglich sind.

Zur Frage, wieso es zur Aufwandsteigerung gekommen ist, verweist sie auf den Transferbereich (u.a. Zunahme um CHF 10 Millionen bei der Planung von Alters- und Pflegebetten), der CHF 50 von 70 Millionen ausgemacht hat. Dies ist nur ein Beispiel, bei dem man sich fragen muss, ob wirklich bekannt ist, welches Angebot in Planung ist und ob dieses mit dem errechneten Bedarf übereinstimmt. Nach Ansicht der Rednerin muss die Entwicklung genau beobachtet werden und ist der Landrat jeweils entsprechend zu informieren.

Im Weiteren ist für sie die Pensionskasse der Universität Basel «ein Fass ohne Boden», denn es wird nur die Deckungslücke gefüllt, ohne dass die Struktur saniert wird. Alleine in diesem Jahr werden CHF 6 Millionen von Baselland zusätzlich in diese Kasse einbezahlt, und das wird in den kommenden Jahren bald wieder passieren, wenn nicht jetzt klar gemacht wird, dass ohne wirkliche Sanierung der Kasse keine Einzahlungen mehr von Seiten Basellands erfolgen werden.

Die restliche Aufwandsteigerung setzt sich aus Rückstellungen zusammen. Solche muss der Kanton für seine eigene Pensionskasse und die Sanierung von Altlasten vornehmen.

Bei der Frage, wie der Kanton zu mehr Einnahmen kommt, sind nach dem Dafürhalten der Votantin Steuerensenkungen verkraftbar, denn es sind ja Steuermehreinnahmen erzielt worden. Die momentan schlechte Finanzsituation ist wegen der Struktur des Aufwands entstanden. Unerfreulich ist, dass der Ertrag aus den Vermögenssteuern rückläufig gewesen ist. Der Kanton muss aber attraktiv für hohe Vermögen werden, weshalb dringend Korrekturen vorgenommen werden müssen.

Von den vielen Investitionen ist rund die Hälfte des Betrags auf die Übernahme der Sekundarschulbauten zurückzuführen. Aber genau diese Übernahme generiert leider keinen Mehrwert und bringt dem hiesigen Gewerbe und der Industrie hier keine Aufträge. Der Selbstfinanzierungsgrad ist negativ, was zeigt, dass der Finanzhaushalt nicht im Lot ist. Darum ist Sparen unabdingbar bzw. eine Erhöhung der Steuern und die Verschuldung von rund CHF 930 Millionen kein gangbarer Weg, wobei letztere wegen der Schulhausübernahmen um rund CHF 200 Millionen zugenommen hat. Die Votantin interpretiert im Übrigen das Nein zum EP 12/15 vom vergangenen Wochenende nicht als Nein zum Sparen, sondern als Ablehnung der Vorlage als solches, aber dennoch hält sie das Sparen für von der Bevölkerung erwünscht. Müsste nochmals abgestimmt werden, müssten einzelne, transparente Vorlagen zur Abstimmung gelangen. Insgesamt geht es schliesslich darum, den Wirtschaftsstandort Baselland zu stärken und die Innovation zu fördern.

In diesem Sinne genehmigt ihre Fraktion diese Rechnung, wobei sie hofft, dass sich der Landrat auf die noch nötigen Sparmassnahmen einigen kann.

Claudio Botti (CVP) unterstützt die Aussagen seiner Vorrednerin. Seine Fraktion will auf die Vorlage eintreten und dieser Staatsrechnung auch zustimmen. Gleichzeitig sprechen deren Mitglieder den Mitarbeitenden der kan-

tonalen Verwaltung ihren Dank für die geleistete Arbeit aus.

Die einzelnen Direktionen haben hinsichtlich Veränderungen unterschiedlich abgeschnitten, was u.a. auf die unterschiedlichen Grundbeträge zurückzuführen ist. Die Diskussion der Staatsrechnung ist zwar nur Vergangenheitsbewältigung, aber wichtig für die Erstellung des nächsten Budgets. Dabei sind durchaus Probleme vorhanden: die Pensionskasse des Kantons, die Altlasten, die Hochleistungsstrassen etc. Zudem sind Budgetüberschreitungen nicht immer vermeidbar, weil das Budget nur eine Annahme ist und teilweise neue Gesetze geschaffen werden, ohne dass die zu deren Erfüllung nötigen Instrumente zur Verfügung gestellt werden, wie z.B. im Bereich der Alters- und Pflegeheime. Unbestritten sein dürfte, dass der Kanton ein strukturelles Defizit hat, welches es zu beseitigen gilt. Es müssen in Zukunft aber auch unangenehme Themen diskutiert werden.

Die Abstimmung vom vergangenen Wochenende zum EP 12/15 war überladen, weshalb die Ablehnung desselben vorhersehbar war. Nun soll der Regierungsrat in dieser Sache vorangehen und strategisch vorgehen, wobei auch der Landrat seine Verantwortung wahrnehmen muss, denn schliesslich genehmigt er jeweils die entsprechenden Vorlagen.

Lotti Stokar (Grüne) hält zunächst fest, dass das Budget bei Aufwand und Ertrag um je 3% überschritten worden sei. Sie dankt den Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung für deren Arbeit. Weiter weist sie aber auf die unterschiedlichen Abschlüsse der einzelnen Direktionen hin.

In der Frage, wie der Rechnungsabschluss u.a. in Bezug auf Rückstellungen für kommende Verpflichtungen gestaltet worden ist, ist dieser Vorgang für sie z.B. mit Blick auf die Sanierung der Pensionskasse des Kantons nachvollziehbar.

Beim strukturellen Defizit ist das Sparen vom Bürger offensichtlich nicht goutiert worden. Die viel zitierte Opfersymmetrie ist also nicht zielführend, so dass klare, transparente Einzelmassnahmen ergriffen werden müssen.

In den Augen der Votantin wäre es allerdings wichtig, hinsichtlich System von der Defizitbremse auf die Schuldenbremse zu wechseln. Damit würde Handlungsspielraum für Investitionen in die Zukunft geschaffen. Weiter würde die Abbuchung von Beiträgen an Investitionen von Dritten in der Investitionsrechnung kurzfristig die Erfolgsrechnung entlasten. Zudem ist eine verbesserte Kontrolle der Finanzprozesse vor allem in der VGD nötig. Ebenso braucht es eine effiziente, regionale Spitalpolitik anstatt einen Heimatschutz in diesem Bereich. Synergien können auch bei den Anbietern des öffentlichen Verkehrs genutzt werden. Schliesslich sei an die Tagsatzung der Gemeinden vom vergangenen Samstag erinnert, an der eine selbstkritische Überprüfung der Aufgaben gefordert worden ist, die heute noch zu zentralistisch vom Kanton kontrolliert werden und teilweise auch durch den Landrat verursacht werden – gewisse Aufgaben können wesentlich effizienter von den Gemeinden gelöst werden, insbesondere dann, wenn je nach Region unterschiedliche Standards möglich sind.

Insgesamt genehmigt die Fraktion der Votantin die Staatsrechnung 2011.

Gerhard Schafroth (glp) spricht sich namens seiner Fraktion gegen die Genehmigung der Staatsrechnung 2011 aus. Vielmehr beantragt er, erstens diese zurückzuweisen und zweitens – im Sinne eines Eventualantrags – die Aufwertung der Liegenschaften um CHF 232 Millionen nicht als solche stehen zu lassen, sondern direkt bei den Rückstellungen für die Pensionskasse zu verbuchen, was schlussendlich keine Auswirkung auf das Ergebnis haben wird. Gemäss seiner Einschätzung ist das Ergebnis falsch berechnet bzw. um den Betrag der Entnahme aus dem Eigenkapital «frisiert» worden. Die Aufwertung ist zwar nach HRM2 zulässig, aber damit werden das Finanzhaushaltsgesetz «ausgetrickst» und die Defizitbremse eigentlich hinausgezögert, indem so und nicht über die Erfolgsrechnung neues Eigenkapital gebildet wird.

Weiter sind die Rückstellungen für die Pensionskasse über CHF 48,5 Millionen «komplett falsch» berechnet worden. Man geht ja davon aus, dass je 50% des Sanierungsbeitrags für die Deckungslücke und für die Beiträge an Sanierung und Restrukturierung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber getragen werden. Dies ist aber nicht der Fall: Den Arbeitnehmern wird höchstens ein Drittel dieses Beitrags abgezogen, den Rest bezahlt der Arbeitgeber, sprich: der Steuerzahler. Der durch den Steuerzahler zu begleichende Betrag wurde noch einmal halbiert, weil die entsprechende Rückstellung anhand des schlechtestmöglichen Falls und seiner Eintretenswahrscheinlichkeit zu berechnen sei, wobei für letztere der Wert von 50% angenommen worden ist. Das Bundesgesetz verlangt aber, dass die Pensionskassen per 1. Januar 2014 zu sanieren sind – das Risiko beträgt also nicht 50%. Der vorgenommene Abzug ist darum nicht zulässig, so dass also zu wenig Rückstellungen vorgenommen worden sind. Entsprechend wird beantragt, die Rückstellung für die Sanierung der Pensionskasse um CHF 232 Millionen zu erhöhen.

Mit der Aufwertung der Aktiven und der Unterbewertung der Passiven wird die Buchhaltung «massiv» beschönigt, so dass auch die nötige Übersicht über die Staatsrechnung verloren geht und die Rechnung für Nicht-Spezialisten kaum mehr verständlich ist. Das Gesamtbild ist zu positiv, und von einer Punktladung kann keine Rede sein.

Der Redende meint, das Instrumentarium fürs Sparen sei nicht vorhanden. Deshalb ist eine echte Kostenrechnung einzuführen, denn z.B. für die Verkehrsabgaben liegt keine entsprechende Strassenrechnung vor, obwohl in diesem Bereich die Erträge nicht höher sein dürfen als die Kosten. Wie soll man die Kosten im Griff haben, wenn dazu keine verlässlichen Aussagen gemacht werden können? Die Finanzkontrolle ihrerseits hat nur bestätigt, dass die Staatsrechnung rechtmässig sei im Rahmen der entsprechenden Bestimmungen. Aber HRM2 lässt rechtlich so viel Spielraum zu, dass der Landrat die Staatsrechnung politisch bewerten muss.

Insgesamt betrachtet sind der Kanton und seine Pensionskasse wegen der «undurchschaubaren» Finanzpolitik von Regierungsrat und Landrat gemeinsam «an die Wand gefahren» worden. Der Landrat ist verantwortlich für eine bessere Kontrolle der Finanzen, weshalb man sich dafür ein besseres Instrument besorgen muss.

Nach **Hanspeter Weibel** (SVP) erweckt die Staatsrechnung 2011 streckenweise den Anschein eines «Märchenbuches», denn darin sei vieles «schöngerechnet» worden.

Mit HRM2 «rechnen sich die Kantone reich», wie die Handelszeitung letzte Woche meinte, um das Eigenkapital mittels Aufwertung innerhalb der Defizitbremse schöner, als es tatsächlich ist, aussehen zu lassen, obwohl dieses Rechnungslegungsmodell eine faire und wahre Bewertung postuliert. Das ist – zurückhaltend gesagt – «eine Form von Manipulation».

Die Staatsrechnung ist aber auch ein «Zauberbuch». Zum einen werden Rückstellungen für die Pensionskasse in der Höhe von CHF 48,5 Millionen gemacht, zum andern ist bekannt, dass dieser Betrag bei weitem nicht ausreicht.

Es wird also mit Aufwertungen eine Grundlage vorgaukelt, die so nicht existiert. Auf der anderen Seite werden vorhandene Verpflichtungen des Kantons ungenügend ausgewiesen. Insofern muss man schliesslich auch einmal den Steuerzahlern danken, dass sie unter diesen Voraussetzungen ihre Steuern noch pünktlich bezahlen.

Balz Stüchelberger (FDP) repliziert auf Gerhard Schafroth, welcher Finanzfragen sehr gut zu verstehen scheine, dass es «unanständig und respektlos» sei zu unterstellen, dass nur er selbst die Staatsrechnung 2011 verstanden habe.

Regierungsrat **Adrian Ballmer** (FDP) weist zunächst noch einmal auf das strukturelle Defizit hin. Ausserdem wird der Aufwand stärker gesteigert als der Ertrag, vor allem wegen der gebundenen Ausgaben. «Eigenkapital zu verbrauchen», wie dies teilweise vorgeschlagen wird, kann keine nachhaltige Strategie sein. Die Strategie des Regierungsrats ist dank ausführlicher Dokumente sehr transparent. Der Haushaltsausgleich soll über Aufwand, Ertrag und Effizienzsteigerungen erfolgen und ist also nicht einseitig. Aber für Steuererhöhungen sind nicht alle, die eigentlich Steuererhöhungen wünschen, zu gewinnen, da die Ausgestaltung der Steuererhöhung noch eine andere Frage ist. Für eine Korrektur braucht es zuerst akzeptable Lösungen und also Kompromissbereitschaft im Landrat, die dieser dann auch gegen aussen demonstrieren sollte.

Die Staatsrechnung 2011 ist nicht frisiert. Vielmehr wird diese aufgrund der Defizitbremse so dargestellt. Angesichts dieser Umstände bittet er den Landrat, die Anträge von Gerhard Schafroth abzulehnen. Im Übrigen hat die Finanzkontrolle die Rechnung vorbehaltlos genehmigt, wobei diese Instanz das Dokument verstanden haben dürfte. Die Aufwertung ist dabei eine Folge von HRM2 und nicht ein Mittel gegen die Defizitbremse. Mit der Aufwertung sollen stille Reserven deklariert werden. Ob sich der Kanton in den vergangenen Jahren nun reich oder arm gerechnet hat: Es wurde immer versucht, die Situation in der Staatsrechnung fair darzustellen, und dies wurde durch die Finanzkontrolle kritisch beurteilt. Der Regierungsrat hat sich in den letzten Jahren stark darum bemüht, die Rechnung noch transparenter darzustellen – dabei war der Landrat an den Entscheiden zur Darstellung beteiligt. Die Rechnung ist also sehr transparent, aber natürlich handelt es sich eigentlich um einen Konzern mit ca. CHF 2,7 Milliarden Umsatz.

Der Landrat möge dem Antrag der Finanzkommission folgen und die beiden Anträge von Gerhard Schafroth ablehnen.

Klaus Kirchmayr (Grüne) bittet den Landrat, den «unseriösen» Antrag von Gerhard Schafroth zur Umbuchung der Rückstellung von CHF 232 Millionen abzulehnen, da dies ohne Diskussion der Gesamtsituation gefährlich sei.

Monica Gschwind (FDP) vermerkt, dass ihre Fraktion den eben nochmals genannten Antrag von Gerhard Schafroth ablehnen werde. Die Aufwertung ist eine Neubewertung der Grundstücke im Verwaltungsvermögen und nicht zuletzt eine Auswirkung eines Beschlusses der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren, HRM2 einzuführen. Würde die Neubewertung und die entsprechende Zuweisung nicht vorgenommen, würde die Defizitbremse schneller greifen, weil das Eigenkapital auf CHF 147 Millionen sinken würde.

://: Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten.

– *Detailberatung*

Antrag auf Rückweisung der Staatsrechnung 2011

://: Der Landrat lehnt den Antrag auf Rückweisung der Staatsrechnung 2011 mit 69:7 Stimmen bei 1 Enthaltung ab.
[Namenliste einsehbar im Internet; 10.56]

Antrag auf Erhöhung der Rückstellungen für die Sanierung der Pensionskasse des Kantons

://: Der Landrat lehnt es mit 70:6 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab, die Rückstellungen für die Sanierung der BLPK um CHF 232 Millionen zu erhöhen.
[Namenliste einsehbar im Internet; 10.57]

– *Beschlussfassung*

://: Der Landrat stimmt dem unveränderten Entwurf des Landratsbeschlusses gemäss Antrag der Finanzkommission mit 77:0 Stimmen zu.
[Namenliste einsehbar im Internet; 10.58]

Landratsbeschluss betreffend Staatsrechnung 2011

vom 21. Juni 2012

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. *Die Staatsrechnung 2011, bestehend aus der Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung und Bilanz sowie der Rechnungen der Fonds und Stiftungen, wird genehmigt.*
2. *Vom Bericht der Finanzkontrolle zur Staatsrechnung 2011 wird Kenntnis genommen.*
3. *Die mit LRB vom 07.01.1878 gegründete Winkelriedstiftung, Buchungskreis 911, wird aufgehoben.*
4. *Der Landratsbeschluss über den Fonds für eine Krankenversicherung (SGS 313.1) wird aufgehoben.*

*Für das Protokoll:
Michael Engesser, Landeskanzlei*

*

Nr. 638

5 Wahl von 5 Mitgliedern des Büros des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2012 bis 30. Juni 2013

Landratspräsident **Urs Hess** (SVP) vermerkt, dass für die Besetzung des Büros des Landrats vorgeschlagen seien:

- Daniela Gaugler (SVP)
- Mirjam Würth (SP)
- Marie-Theres Beeler (Grüne)
- Agathe Schuler (CVP)
- Roman Klauser (SVP, neu)

Er stellt keine weiteren Wahlvorschläge festgestellt.

://: Damit sind in stiller Wahl als Mitglieder des Büros des Landrats für das Amtsjahr vom 1. Juli 2012 bis zum 30. Juni 2013 gewählt: Daniela Gaugler (SVP), Mirjam Würth (SP), Marie-Theres Beeler (Grüne), Agathe Schuler (CVP), Roman Klauser (SVP).

Landratspräsident **Urs Hess** (SVP) gratuliert allen Kandidaten zu ihrer Wahl. [Applaus.]

*Für das Protokoll:
Michael Engesser, Landeskanzlei*

*

Nr. 639

Frage der Dringlichkeit:

2012/178

Motion von Marie-Therese Müller: Sofortige Aufhebung des Steuerprivilegs fürs Bausparen

2012/179

Motion von Marc Joset: Änderung des Steuergesetzes zur Abschaffung des Bausparens

Landratspräsident **Urs Hess** (SVP) erklärt, der Regierungsrat lehne für diese beiden Motionen Dringlichkeit ab.

Regierungsrat **Adrian Ballmer** (FDP) führt dazu aus, nach der eidgenössischen Volksabstimmung vom 17. Juni 2012 sei das Bausparen im Baselbiet definitiv nicht mehr zulässig. Das wird selbstverständlich vollzogen. Es gilt dabei noch gewisse Übergangsfristen zu beachten. Die Regeln, wie die Umstellung ablaufen sollen, sind am 17. Juni 2012 bekanntgegeben worden und auch auf dem Internet [abrufbar](#).

Die Behandlung der beiden Motionen muss sicher nicht heute erfolgen, denn es besteht kein Zeitdruck. Es ist nichts absehbar, was den Erfolg der Motionen gefährden könnte. Deshalb können sie ordentlich traktandiert und behandelt werden.

Marc Joset (SP) setzt sich für Dringlichkeit ein: So können die Motionen heute überwiesen werden, und der Regierungsrat kann dem Landrat gleich nach den Sommerferien die entsprechende Vorlage unterbreiten. Denn es sind Gesetzesänderungen nötig.

So bliebe genügend Zeit für die Beratungen, für das Abwarten der Referendumsfrist und die Inkraftsetzung per 1. Januar 2013.

Oskar Kämpfer (SVP) teilt mit, dass die SVP-Fraktion die Dringlichkeit einstimmig ablehne: Erstens ist die Rechtsicherheit bereits gegeben durch den Prozess, dass die bereits eingezahlten Beiträge zurückerstattet werden müssen. Und zweitens sind die Übergangsfristen gesetzlich bereits vorgegeben.

Würden diese Geschäfte dringlich erklärt, entstünde eine grosse Rechtsunsicherheit.

Marie-Therese Müller (BDP) schliesst sich dem Votum Marc Josets an. Mit der Motion wollte sie erreichen, dass es nun so schnell wie möglich voran geht. Es soll nicht weiter einfach Geld verschenkt werden. Das Bausparen hatt schon lange auf der Kippe gestanden.

Rolf Richterich (FDP) erklärt, die FDP-Fraktion sei einstimmig gegen Dringlichkeit. Dass eine Änderung nötig ist, ist klar. Aus den Vorstössen kann aber herausgelesen werden, dass sie eine Rechtsunsicherheit generieren sollen: Wer heute eingezahlt hat, hat den Anspruch auf Rechtssicherheit.

://: Die Dringlichkeit von Motion 2012/178 wird mit 40:39 Stimmen abgelehnt.
[Namenliste einsehbar im Internet; 11.06]

://: Die Dringlichkeit von Motion 2012/179 wird mit 41:40 Stimmen abgelehnt.
[Namenliste einsehbar im Internet; 11.07]

Für das Protokoll:
Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Nr. 640

Frage der Dringlichkeit:

2012/180

Postulat von Thomas Weber, SVP-Fraktion: Ruine Farnsburg: Halt, sichern!

Landratspräsident **Urs Hess** (SVP) gibt bekannt, dass der Regierungsrat nicht bereit sei, das Postulat dringlich entgegenzunehmen.

Regierungspräsident **Peter Zwick** (CVP) als Stellvertreter des BKSD-Vorstehers betont, unabhängig vom Zeitpunkt der Überweisung dieses Vorstosses erteile Regierungsrat Urs Wüthrich den Auftrag für die Erarbeitung einer Landratsvorlage. So hat das Parlament die Gelegenheit, rechtzeitig über die Bereitstellung der erforderlichen Mittel zu befinden. Die Dringlichkeit ändert nichts am Zeitplan.

Es wäre sinnvoll, wenn der Vorstoss – im Interesse der Aktualität – von der Ratskonferenz sobald wie möglich nach den Sommerferien traktandiert würde.

Thomas Weber (SVP) nimmt mit grosser Freude vom Votum des Regierungsrates zur Kenntnis, der die Dringlichkeit des Anliegens schon vor der Entscheidung zur Dringlichkeit des Postulates erkannt hat und bereits zur Umsetzung geschritten ist.

Es geht im Postulat nicht um die Gesamtsanierung der Ruine Farnsburg, die etwa sechs bis acht Jahre in Anspruch nehmen wird, sondern um die Behebung der neu aufgetretenen Schäden. Wachsen sie weiter an, wird die Gesamtsanierung noch teurer.

Aufgrund der Ausführungen des Regierungspräsidenten im Auftrag des Direktionsvorstehers der BKSD, dass der Landrat im Herbst werde beschliessen können, dass im Frühling 2013 die Arbeiten wirklich ausgeführt werden können und dass die Zugänglichkeit der Ruine ab Mitte 2013 wieder sichergestellt werden könne, wird das Begehren auf Dringlichkeit zurückgezogen.

://: Die Abstimmung über Dringlichkeit ist somit obsolet.

Für das Protokoll:
Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Nr. 641

Mitteilungen

– *Verabschiedung*

Landratspräsident **Urs Hess** (SVP) verabschiedet Michael Engesser vom Parlamentsdienst. Der Kommissionssekretär der Bau- und Planungskommission und Protokollführer der GPK-Subkommissionen wird für rund ein Dreivierteljahr die Landeskanzlei verlassen zugunsten eines Auslandseinsatzes der Schweizer Armee. Vielen Dank für die tolle Arbeit! *[Applaus]*

Für das Protokoll:
Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Nr. 642

11 2012/136

Berichte des Regierungsrates vom 8. Mai 2012 und der Finanzkommission vom 12. Juni 2012: Nachtragskredite zum Budget 2012

Marc Joset (SP), Präsident der Finanzkommission, erklärt, im Finanzhaushaltsgesetzes sei festgeschrieben, dass der Regierungsrat dem Landrat rechtzeitig die Nachtragskreditbegehren unterbreiten müsse, wenn im Voranschlag für eine Aufgabe kein – oder kein genügender – Kredit enthalten ist. Gleichzeitig informiert der Regierungsrat über die voraussichtliche Entwicklung der Einnahmen, der Minderausgaben und der zwingend vorgeschriebenen Ausgaben vom laufenden Haushalt.

Zuerst zum Nachtragskredit betreffend Sanitätsdienst Dornach (Mehraufwand CHF 160'000): Die Finanzkommission hat sich vom Kantonsarzt über ergänzende De-

tails informieren lassen. Die Rettungsdienste sind ein verfassungsmässiger Auftrag; sie waren aber nie kostendeckend, und so hatte man beim Budgetieren gehofft, dass eine bessere Kostendeckung erreicht werden könnte, und das Budget 2012 entsprechend reduziert.

Wegen des Wegfalls gewisser Transporte hat sich dann gezeigt, dass im Budget zu wenig Beiträge für die Rettungsdienste eingestellt worden sind. Deshalb beantragt die Finanzkommission dem Landrat mit 10:2 Stimmen bei einer Enthaltung, den Nachtragskredit von CHF 160'000 für den Sanitätsdienst Dornach zu bewilligen.

Zum Nachtragskredit betreffend Kompetenzzentrum für Wirtschaftsentwicklung und Standortmarketing (Mehraufwand CHF 77'820): Für das vom Regierungsrat beschlossene Kompetenzzentrum für Wirtschaftsentwicklung und Standortmarketing sollen per 1. Oktober 2012 zwei Mitarbeitende angestellt werden. Die Generalsekretärin von der VGD erklärte der Finanzkommission, dass das Kompetenzzentrum dem Gesamtregierungsrat unterstellt werden und als Stabsstelle der VGD angegliedert werden wolle. Für den Anfang brauche es eine Leitung sowie eine 100%-Assistenzstelle. Der Sollstellenplan würde sich um zwei Stellen erhöhen; die entsprechenden Lohnkosten seien in den nächsten Jahren weiterhin zu budgetieren.

Auf die Frage aus der Kommission nach der gesetzlichen Grundlage erklärte die Generalsekretärin, dass das grüne Licht für die Schaffung vom Kompetenzzentrum gegeben sei, sobald der Landrat das Regierungsprogramm genehmigt habe. Weiter verwies sie auf einen sehr knappen Personalbestand bei der VGD, und darum seien die Stellen nicht zu kompensieren.

Die Finanzkommission erachtet die Wirtschaftsförderung grundsätzlich als eine sinnvolle und zentrale Aufgabe, mit der die dringend nötigen Mehrerträge für den Kanton generiert werden sollen. Von verschiedener Seite wird in der Kommission aber zuerst ein Gesamtkonzept für die Wirtschaftsförderung gefordert, bevor die zwei Stellen zu bewilligen seien.

Eine deutliche Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass eine separate Vorlage zu unterbreiten sei, die über die Ziele, die notwendigen Stellen, die Finanzierung und die erwarteten Erträge Auskunft gibt. Eine Minderheit der Kommission möchte den Nachtragskredit bewilligen und zusätzlich eine separate Vorlage verlangen.

Die Finanzkommission beantragt dem Landrat einstimmig mit 13:0 Stimmen, den Regierungsrat zu beauftragen, eine separate Vorlage zum Kompetenzzentrum für Wirtschaftsentwicklung und Standortmarketing zu unterbreiten, die das zugrunde liegende Konzept in umfassender Weise beschreibt. Und mit 9:3 Stimmen bei einer Enthaltung beantragt die Kommission, den Nachtragskredit von CHF 77'820 für ein «Kompetenzzentrum für Wirtschaftsentwicklung und Standortmarketing» abzulehnen.

Und zuletzt noch zum dritten Teil der Vorlage, dem Kommentar zur Entwicklung des laufenden Haushalts: Gemäss Finanzhaushaltsgesetz ist ein solcher Kommentar zum Verlauf des Haushaltsjahres abzugeben.

Der Regierungsrat verweist auf verschiedene Positionen – vor allem bei der Gesundheitsversorgung und der Umsetzung vom Entlastungspaket 12/15 –, wo grosse Abweichungen zum Budget zu erwarten sind.

Die Finanzkommission nimmt den Kommentar der Regierung zur Kenntnis. Für einen Teil der Kommission sind diese Zahlen nicht überraschend, war doch die Entwicklung aus den Beratungen des Budgets und aus der

Vorlage zu den gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Spitäler absehbar. Allerdings ist das Ausmass der Abweichungen zum Budget 2012 – vor allem im Gesundheitsbereich – ausserordentlich hoch. Für die Finanzkommission besteht im Moment kein Handlungsbedarf; die Massnahmen sind eingeleitet. Da es «nur» eine Information der Regierung ist, nimmt die Kommission nicht weiter Stellung. Allerdings wird sie sich an einer ihrer nächsten Sitzungen mit dem Thema «Prognosen für die Steuererträge» vertieft befassen.

– Eintretensdebatte

Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) teilt mit, dass die SVP-Fraktion die Anträge der Finanzkommission unterstützen und ihnen zustimmen werde.

Peter Brodbeck (SVP) hat eine Verständnisfrage zum Sanitätsdienst: Vor noch nicht allzulanger Zeit wurde über die Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Spitäler gesprochen und ein entsprechender Beschluss gefasst. Unter anderem wurde auch die Abgeltung von Leistungen für die Aufrechterhaltung eines 24-Stunden-Notfalldienstes und -Rettungsdienstes in den Spitälern beschlossen. In der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission wurden Fragen dazu gestellt. Wie ist nun das Verhältnis zwischen der Abgeltung für den Rettungsdienst einerseits über die gemeinwirtschaftlichen Leistungen und andererseits über die Staatsrechnung?

Mirjam Würth (SP) nimmt namens der SP-Fraktion wie folgt Stellung: Dass aus dem Generalsekretariat der VGD ein Nachtragskredit über CHF 160'000 kommt, um den Sanitätsdienst besser zu alimentieren, ist grundsätzlich nicht so schlimm; aber man wusste schon lange vom Umzug des Kinderspitals, und man wusste, dass dann weniger Fahrten nötig sein würden. Eigentlich hätte man diesen Kredit also ins reguläre Budget aufnehmen können. Dass dieser nun als Nachtragskredit daherkommt, zeugt nicht gerade von einer weitsichtigen Planung.

Bezüglich des Wirtschaftskompetenzzentrums ist die SP-Fraktion auf der einen Seite sehr froh, dass endlich einmal etwas passiert – denn das war dringend notwendig. Auf der anderen Seite erscheint es als recht komischer Schnellschuss, dass nun plötzlich noch für zwei, drei Monate etwas Geld beantragt wird. Die SP-Fraktion folgt voll und ganz der Finanzkommission, die eine separate Vorlage fordert, die Hand und Fuss hat und die nötigen Entscheidungsgrundlagen enthält.

Dass die Kommission bezüglich der Entwicklung des laufenden Haushalts einfach von Budgetabweichungen in bis zu zweistelliger Millionenhöhe – ein grosser Teil kommt wieder aus der VGD – Kenntnis nehmen muss, ist sehr befremdend. Es ist sehr wichtig, dass sich die Finanzkommission mit genau diesen Abweichungen noch eingehend befassen wird.

Die SP-Fraktion folgt den Anträgen der Finanzkommission.

Monica Gschwind (FDP) hält fest, dass bezüglich des Sanitätsdienstes Käch in Dornach die Situation zu positiv eingeschätzt worden sei und dass die neu ausgehandelten Tarife nicht zu tieferen Kosten führten. Der Bereitschaftsdienst ist durch Leistungsaufträge definiert, die in der Verordnung über den Kranken-, Rettungs- und Lei-

chentransport festgeschrieben sind. Es versteht sich von selbst, dass eine Kürzung auf bestimmte Tageszeiten oder Gemeinden für diesen Rettungsdienst nicht in Frage kommen kann. Die FDP-Fraktion wird darum diesem Nachtragskredit einstimmig zustimmen.

Unter dem Titel «Wir leben unsere Vision» hat der Regierungsrat sein Grundsatzpapier 2012-2022 veröffentlicht, das aufzeigt, wie und wo sich der Kanton in den nächsten zehn Jahren weiterentwickeln soll. Die wirtschaftspolitischen Perspektiven sind zum Schlüsselthema erhoben worden, und vier Bereiche werden in dieser Legislatur im Fokus des Regierungsrates stehen; eines davon ist die Schaffung des Kompetenzzentrums für Wirtschaftsentwicklung und Standortmarketing. Die FDP-Fraktion ist ganz klar der Ansicht, dass der Kanton in diesem Bereich Nachholbedarf hat, und begrüsst, dass ein solches Zentrum geschaffen werden soll. Sie ist aber auch der Meinung, dass dieser Schritt vorsichtig angegangen werden soll und dass er ganz genau geplant und überlegt werden soll. Deshalb braucht es ein Konzept in Form einer Vorlage, zu der sich der Landrat äussern kann.

Der «Basler Zeitung» vom 20. Juni 2012 war zu entnehmen, dass der Regierungsrat am 19. Juni 2012 eine direktionsübergreifende Arbeitsgruppe gebildet habe, die die geforderte Landratsvorlage erarbeiten solle. Es ist nicht ideal, dass der Regierungsrat erst nach der von der Finanzkommission geäusserten Kritik reagiert, und es wäre zu wünschen, dass die Regierung den Landrat von Anfang an besser einbezieht. Dennoch ist es zu begrüßen, dass mit diesen Arbeiten nun begonnen werden soll.

Auch wenn die Anstellung zweier Personen klar in der Kompetenz des Regierungsrates liegt, folgt die FDP-Fraktion der Finanzkommission und lehnt konsequenterweise den zweiten Nachtragskredit ab.

Betreffend die Entwicklung des laufenden Haushaltes bereitet der FDP-Fraktion die Verschlechterung des operativen Ergebnisses 2012 um rund CHF 67 Mio. auf CHF -211 Mio. grosse Sorgen. Der Regierungsrat ist gefordert – insbesondere im Bereich der Gesundheitspolitik –, sehr sorgfältig zu agieren und ein permanentes und aussagekräftiges Controlling einzusetzen, damit weitere grosse Abweichungen vermieden werden können.

Durch die Ablehnung des Entlastungsrahmengesetzes am 17. Juni 2012 entfallen in den kommenden Jahren weitere CHF 26 Mio. Auch der Landrat muss sich nun zusammenraufen und mehrheitsfähige Sparmassnahmen ausarbeiten.

Claudio Botti (CVP) kündigt an, dass die CVP/EVP-Fraktion den Anträgen der Finanzkommission zustimmen werde. Zum Thema «Sanitätsdienst» liess sich die Finanzkommission von Fachleuten informieren, und es ergibt tatsächlich Sinn, den CHF 160'000 zuzustimmen. Ob es für das Kreditbegehren günstigere Momente gegeben hätte, lässt sich schwer beurteilen, aber nun wäre eine Zustimmung sicher im Sinne der Betroffenen.

Im Bezug auf das Kompetenzzentrum Wirtschaftsentwicklung gehörte Claudio Botti zur Kommissionsminderheit, die der Meinung war, man könne die zwei Stellen bewilligen. Der entsprechende Betrag erschüttert die Finanzlage nicht, und es wäre gut, die Funktion jetzt zu besetzen. Aber im Nachhinein wurde informiert, dass durch eine Arbeitsgruppe jetzt ein Konzept erarbeitet werde, und diesem Weg kann die CVP/EVP-Fraktion ebenfalls zustimmen.

Bezüglich der Entwicklung des laufenden Haushaltes gibt es Dinge, die sich nicht beeinflussen lassen, z.B. bei den Alters- und Pflegeheimen. Es ist einfach, immer mit dem Finger auf gewisse Leute zu zeigen. Deshalb wäre es nicht mehr als fair, eine Gesamtbetrachtung vorzunehmen statt immer nur einzelne herauszuheben. Regierungsrat Isaac Reber hat heute richtig gesagt, dass Fairness etwas sehr Wichtiges sei; dies sollten alle zusammen anstreben.

Klaus Kirchmayr (Grüne) unterstützt die Aussagen des Kommissionspräsidenten und der Vorredner. Zum Thema «Wirtschaftsoffensive» möchte er den Regierungsrat und die VGD bitten, erstens eine Vorlage zu unterbreiten, die nicht zu kurz ausfallen sollte, sondern der Dimension des Problems angemessen ist, und zweitens über Spezialfinanzierungsmöglichkeiten für ein solches Programm nachzudenken, um die vier Initiativen, die Christoph Buser und Klaus Kirchmayr mittels Vorstössen eingebracht haben, mit einzubeziehen. Es wäre toll, wenn etwas Dynamik erzeugt werden könnte.

Regierungspräsident **Peter Zwick** (CVP) beantwortet Peter Brodbeck's Frage. Er betont, es sei zu unterscheiden zwischen privaten, mit Leistungsaufträgen ausgestatteten Sanitätsdiensten – die Firma Käch aus Dornach und der baselstädtische Sanitätsdienst, die den unteren Kantonsteil abdecken – und dem eigenen, vom Kantonsspital Baselland geführten Sanitätsdienst in Liestal, der gemeinwirtschaftliche Leistungen erbringt.

In Sachen Kompetenzzentrum hat der Regierungsrat nicht erst aufgrund der Haltung der Finanzkommission reagiert: Es wurden in drei Direktionen Grundlagen erarbeitet, und nun sind diese in eine Projektorganisation überführt worden, so wie dies die GPK gefordert hat: Es gibt einen Steuerungsausschuss mit den fünf Regierungsmitgliedern und eine untergeordnete Projektorganisation.

Selbstverständlich werden in diesem Rahmen auch die vier Vorstösse von Christoph Buser und Klaus Kirchmayr bearbeitet.

Regierungsrat **Adrian Ballmer** (FDP) betont, für das laufende Haushaltsjahr seien grosse Abweichungen zum Budget zu erwarten. Gegenüber dem vom Landrat verabschiedeten Budget 2012 (operatives Ergebnis CHF -144,1 Mio.) wird für das laufende Jahr ein operatives Ergebnis von CHF -211,4 Mio. erwartet.

Haupttreiber für die negative Abweichung von CHF 67,3 Mio. sind Entwicklungen in der Gesundheitsversorgung (inkl. Alters- und Pflegeheime) und bei der Bildung (verzögerte Umsetzung des Entlastungspakets 12/15 sowie Sonderschulung und Heime). Es müssen erhebliche Abweichungen vom Konsolidierungspfad gemäss Entlastungspaket 12/15 konstatiert werden:

- Erwartungsrechnung 2012: minus CHF 67 Mio.;
- Ablehnung Sparentscheid ÖV im Landrat am 14. Juni 2012: minus CHF 1,7 Mio.;
- Volksabstimmung zum Entlastungsrahmengesetz vom 17. Juni 2012: minus CHF 26,2 Mio.

Jedes neue Vorhaben im Budget 2013 bzw. auch jede Erneuerung von bisherigen Verpflichtungskrediten verschlechtert den Saldo in der budgetierten Erfolgsrechnung. Insgesamt liegen neue Vorhaben im Umfang von CHF 17 Mio. für 2013 vor, und 2014 belaufen sie sich etwa auf das Doppelte.

Daraus ergibt sich als Quintessenz:

- Das Risiko besteht, dass das Eigenkapital bereits im Voranschlag 2013 unter CHF 100 Mio. sinkt.
- Der mit dem Entlastungspaket angestrebte Ausgleich des Kantonshaushaltes im Jahr 2014 ist mit dieser Verschlechterung nicht machbar und verschiebt sich mindestens um ein Jahr auf 2015.

://: Eintreten ist unbestritten.

- *Detailberatung Landratsbeschluss*

Keine Wortbegehren.

- *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

- *Beschlussfassung*

://: Dem Landratsbeschluss betreffend Nachtragskredit zum Budget 2012 wird einstimmig zugestimmt. [Namenliste einsehbar im Internet; 11.33]

**Landratsbeschluss
betreffend Nachtragskreditbegehren zum Budget 2012**

vom 21. Juni 2012

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Dem folgenden Antrag zur Änderung der Erfolgsrechnung 2012 wird zugestimmt:

*P2200 Generalsekretariat VGD
3635 0 040 Beiträge an private Unternehmen anderer Kantone (Mehraufwand in Franken 160'000.--)*

2. Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Landrat für die Schaffung des „Kompetenzzentrums für Wirtschaftsentwicklung und Standortmarketing“ eine separate Vorlage zu unterbreiten, welche das zugrunde liegende Konzept in umfassender Weise beschreibt.

Für das Protokoll:
Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Nr. 643

12 2012/035

Berichte des Regierungsrates vom 7. Februar 2012 und der Finanzkommission vom 12. Juni 2012: Zwischenbericht über die Verhandlungen zwischen dem Regierungsrat und den Gemeinden über § 15a des Finanzausgleichsgesetzes

Keine Wortbegehren.

://: Der Landrat beschliesst stillschweigend, die Frist für die Vorlage über die Verhandlungen zwischen dem Regierungsrat und den Gemeinden über § 15a des Finanzausgleichsgesetzes (Ziffer 5 des Landratsbeschlusses vom 10. Februar 2011) um ein Jahr zu verlängern.

Für das Protokoll:
Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Nr. 644

Mitteilungen

- *Verabschiedungen*

Landratspräsident **Urs Hess** (SVP) verabschiedet drei per 30. Juni 2012 zurücktretende Landratsmitglieder:

- *Désirée Lang*
«Ein Gastspiel von nur gerade einem Jahr hat sie in diesem Rat gegeben, und doch hat man immer wieder von ihr gehört. Klare und deutliche Voten in einer angenehmen Länge zeichneten sie aus. Ihr Engagement war spürbar, nicht zuletzt als Mitglied der Personal- und der Justiz- und Sicherheitskommission. Désirée Lang orientiert sich beruflich neu, und so hat der Landrat, neben dem neuen Beruf und der Familie, keinen Platz mehr. Etwas richtig zu machen ist besser als zu vieles nur 'halbbatzig' zu machen: Diese Einstellung ist Charaktersache.

Désirée, ich danke Dir im Namen des Landrates für Deinen Einsatz, und ich überreiche Dir ein kleines Geschenk. Ich bin überzeugt, dass Du in Deinem neuen Beruf ebenso Zeichen setzen kannst wie in diesem Rat, und wünsche Dir alles Gute!» [Applaus]

- *Simon Trinkler*
«Als jüngster Landrat – nur Landrätinnen gibt es noch jüngere – gibt er sein Amt nach fünf Jahren ab: Nach dem lockeren Studentenleben hat ihn der Berufsalltag gepackt, und so bleibt keine Zeit mehr für das Parlament. In der Geschäftsprüfungskommission hatten seine jungen und manchmal auch unkonventionellen Ideen Platz, aber auch als Mitglied der Bau- und Planungskommission brachte er seit 2009 immer seine Sicht zu Verkehr und Mobilität ein. Auch in der Spezialkommission für die Wahl der Ombudsman-Stellvertretung arbeitete er mit. Schaut man sich die lange Reihe seiner Vorstösse an, sieht man in ihm einen typischen Studenten: narrenfrei und aufmüpfig in den Gedanken.

Simon Trinkler hat uns aber auch bei seinen Voten im Landrat gefordert, wenn er bedächtigt nach einem ersten Satz dann doch noch weitergefahren ist mit Reden.

Mich freut es, dass sich junge Leute für ihre Anliegen und für unseren Kanton einsetzen. Lieber Simon, auch für Dich steht ein Geschenk bereit. Ich danke Dir im Namen des Landrats für Deinen Einsatz und wünsche Dir für Deinen beruflichen Weg ebenso viel Ausdauer und Elan, wie Du im Landrat hattest. Für die Zukunft alles Gute!» [Applaus]

– Thomas Schulte

«Gradlinig, offen und klare Ziele vor Augen, zieht er seit 2003 seine Spuren im Landrat: Eine Persönlichkeit, die zuerst überlegt und erst dann redet. Sein grosses Fachwissen im Umgang mit der Natur und mit der urbanen Landschaft haben ihn zu einem wertvollen Mitglied der Umweltschutz- und Energiekommission gemacht, der er acht Jahre lang angehörte. Seit einem Jahr stellt er seine Kompetenz der Bau- und Planungskommission zur Verfügung. Aber auch mit dem FC Landrat hat er die Baselbieter Fahne hochgehalten. Seine Bodenhaftung und sein Humor zeichnen ihn besonders aus. Als Gärtnermeister konnte er die Anliegen der Handwerker und der KMU-Betriebe bestens vertreten. Mit Thomas Schultes Rücktritt aus dem Landrat verlieren die vielen KMU eine ihrer letzten Stimmen im Parlament.

Als engagierter Berufsmann hast Du die Führung des Gärtnermeisterverbandes übernommen. Lieber Tommy, im Namen des Landrates danke ich Dir für Deinen grossen Einsatz fürs Baselbiet und fürs Handwerk und darf Dir ebenfalls das obligate Geschenk überreichen. Alles Gute!» [Applaus]

Désirée Lang (Grüne) meint, ihr Einsatz im Landrat sei «kurz und heftig» gewesen. Sie möchte sich bei allen Ratskolleg(inn)en herzlich für die wohlwollende Aufnahme bedanken, für die vielen guten Momente und tollen Begegnungen. Sie hat das Jahr sehr geschätzt und ganz viel gelernt und wünscht den Ratsmitgliedern viel Respekt im Umgang miteinander sowie viel Erfolg mit ihren Geschäften. Das Ratsgeschehen wird sie ganz sicher weiter verfolgen, sei es über die Medien oder über ihre Kontakte, die hoffentlich nicht abreißen werden.

Désirée Lang dankt dem Landratspräsidenten für seine rührenden Worte und das Geschenk. [Applaus]

– Dank an den Landratspräsidenten

Regierungspräsident **Peter Zwick** (CVP):

«Mir steht die Ehre zu, Urs Hess zu danken für sein Präsidentschaftsjahr. Urs Hess und ich haben ein sehr interessantes Jahr erlebt: Wir waren an Sportanlässen, haben Tennis gesehen und ein Schwingfest verfolgt. Urs hat mich manchmal angeschaut und gesagt, er sei so 'kaputt' und brauche jetzt eine Massage wie die Sportler – so sehr haben wir uns beim Zuschauen angestrengt...

Wir wurden auch zu Spezialisten in Sachen 'Apéro riche'. Was es dagegen weniger gab – anders als noch bei unseren Vorgängern –, waren mehrgängige Menüs: Ragout mit Kartoffelstock und Erbsli und Rüeblli oder Schweinsbraten mit Kartoffelgratin und Erbsli und Rüeblli... Davon wurden wir verschont, stattdessen gab es immer Apéro riche.

Auf der Einladung stand dann noch klein: 'Fingerfood', und wenn es dazu noch Risotto gab, wars schwierig.

Urs Hess hat als Landratspräsident den Rat sehr kompetent geführt. Wenn ich gelegentlich Traktandenlisten angeschaut habe mit über fünfzig Traktanden für einen Donnerstag, dachte ich: 'Das ist eine rechte Herausforderung!' Aber wir haben es alle erlebt: Um 17 Uhr war kein Traktandum mehr übrig, und Urs verliess den Landratssaal glücklich. Ich berichte jetzt nicht, was er jeweils sagte, wenn der Rat nur die Hälfte der Geschäfte schaffte...

Urs sagte einmal: 'Die Arbeit in den Kommissionen zählt. Alles andere ist nur Show.' Davon sprach er gelegentlich, wenn es ihm zu lange ging im Landrat. Er sagte auch, er sei kein Mann der langen Worte, sondern das Motto laute: 'Parlament' kommt von 'parlare', nicht von 'palavern'. Daran hat er sich stets gehalten.

Manchmal ist mir Urs vorgekommen wie ein Dompueur. Als ich vor vierzehn Tagen im Zirkus war, als mit der Geissel geknallt wurde und die Pferde allesamt taten, was der Dompueur wollte, dachte ich an Urs. Er hatte zwar keine Geissel, wohl aber seine Glocke. Gelegentlich blieb die Glocke stumm, manchmal aber hatte man auf der Regierungsbank den Eindruck, Urs läute gerade den Sonntag ein. [Heiterkeit] Diese Glocke mochte er gerne; aber auch die Abstimmungs-Knöpfe mochte er: gelb, rot, grün – das zelebrierte er jeweils, wenn er eine Abstimmung leitete.

Ein bleibendes Erlebnis war für uns beide das Jubiläumsfest der Förster beider Basel, als wir zusammen eine Buche – also den Baum, der im Baselbiet am häufigsten vorkommt – pflanzen durften, auf der dann noch ein Schildchen mit unseren Namen angebracht werden sollte. Dies war auf der Sichtern; beim Schaufeln haben wir uns versprochen, künftig jedes Jahr bei 'unserer' Buche einen Apéro durchzuführen. Ob wir diesen Apéro riche jeweils allein geniessen werden oder noch etwas Grösseres organisieren – die Freiheit, dies später noch zu entscheiden, nehmen wir uns.

Der Dank aller Anwesenden – auch der Zuschauer auf der Tribüne – geht an Dich, Urs, für die hervorragende Art, wie Du das Baselbiet vertreten hast und noch bis Ende Monat vertreten wirst. Regierungs- und Landrat sagen Dir ganz herzlich 'Dankeschön!' Du hast einmal gesagt, ein Landrat – und auch ein Landratspräsident – müsse sich in erster Linie fürs Baselbiet einsetzen. Das hast Du ausgezeichnet getan, und dafür gebührt Dir Dank.

Unsere 'Spione' haben herausgefunden, dass Du mit Deiner Frau Irène im Engadin gelegentlich in einem bestimmten Hotel 'wellnessen' gehst. Wir möchten Euch einen Gutschein überreichen, damit Ihr Euch dort ein wenig erholen könnt. Herzlichen Dank!» [lang anhaltender Applaus und stehende Ovation]

– Schlussrede des Landratspräsidenten

Landratspräsident **Urs Hess** (SVP):

«Liebe Landrätinnen und Landräte, liebe Mitglieder des Regierungsrats, geschätzte Medienvertreter, liebe Gäste auf der Tribüne!

Heute vor einem Jahr habt Ihr mir das Vertrauen geschenkt, und ich durfte Euch zu Höchstleistungen anspornen. Darunter versteht offensichtlich nicht jeder das Gleiche: Die einen meinen, wenn bald jeder aus einer Fraktion etwas sage, sei es dann wahrer... Aber auch die Langred-

ner haben nicht gerade überzeugt. Und dann sitzen hier auch noch Sparer, die vor lauter Sparwut so viele Vorstösse einreichen, dass man deswegen die Verwaltung aufstocken muss – getreu dem Motto: 'Es wird gespart – koste es, was es wolle!'

Ich musste feststellen, dass wir noch einen Kurs im Knöpfchendrücken anbieten müssen. Ich denke jetzt nicht an diejenigen, die die falsche Farbe erwischt haben, sondern an jene, die erzählen, die Anlage habe nicht funktioniert, dabei haben sie schlicht nicht gedrückt. So etwas darf nicht Schule machen, das führt zu einem schlechten Ruf. Und wenn die Technik versagt, dann kommt aus, dass die wenigsten noch wissen, wie das Abstimmen von Hand geht. Aber auch dafür wird demnächst vermutlich ein Kurs angeboten.

Dieses Jahr hat mir auch ganz viele tolle Begegnungen beschert. So durfte ich bei einer Schafprämierung dabei sein. Diese Richter haben ohne juristische Ausbildung über Wolle und Gigot gerichtet; für uns habe ich mitgenommen, dass es nicht immer, wenns um Wolle geht, haarig ist, und dass es deswegen auch kein Haar in der Suppe haben muss. Ich durfte aber auch sehen, wo es Fleisch am Knochen gibt. Diese Erfahrung würde allen gut tun, denn dann wüssten wird nachher, wo man das Fett wegschneiden kann, so dass die guten Filetstücke erhalten bleiben können.

Gelernt habe ich auch, dass die Nationalbank nicht Konkurs gehen kann. Ob das wohl auch fürs Baselbiet gilt? Oder konnten wir mit unserer disziplinierten Spardebatte einen guten Weg aufzeigen? So macht das Parlament richtig Freude: Kurze und klare Voten, hart in der Sache, aber nicht verletzend. Ich gebe ja zu, dass man dem einen oder der anderen schon mit der Redezeitbeschränkung nachhelfen musste, damit die Voten kurz und verständlich geraten sind.

Ihr habt mir zum Amtsantritt eine Velokarte und einen Kompass geschenkt. Somit wusste ich, dass ich würde strampeln müssen, und die Richtung war auch schon vorgegeben. Zudem hat mir die Wasserwaage der Baumeister hoffentlich dazu verholfen, dass ich alle gleich behandelt habe. So können alle von einander profitieren.

Wir dürfen ein bewegtes Jahr miteinander verbringen. So sind neue Parteien und viele neue Köpfe in den Saal eingezogen. Es wurde vermutet, dass es jetzt noch viel mehr zu reden geben würde. Das ist dann auch prompt so eingetroffen, aber es waren nicht die neuen Fraktionen, die die Debatte in die Länge zogen, sondern vor allem die zwei Parteien mit dem 'S' im Namen. Zu reden gegeben haben auch jene, die plötzlich nicht mehr wussten, für welche Partei sie gewählt worden waren, und erst noch glaubten, ihre Kommissionssitze nicht freiwillig an ihre ehemalige Fraktion abtreten zu müssen. Das wäre in meinen Augen anständig und ein Zeichen der Fairness. Aber wer weiss, vielleicht passiert ja noch ein Wunder...

Nun sage ich noch einen Satz, den ich in all meinen Ansprachen immer wieder gesagt habe, weil er für mich sehr wichtig ist: Unsere Gesellschaft funktioniert nur, wenn jeder ein Stück seines Egos an die Gemeinschaft abgibt und mithilft, dass unser Zusammenleben funktioniert.

Hektik, Egoismus und Keine-Zeit-Haben sind heute Worte, die man immer wieder hört: 'Die anderen sollen, aber ich nicht', 'Die anderen gehen mich doch nichts an'. Wenn ich so etwas höre, schaudert es mich. Ist das die Gesellschaft, die wir uns wünschen? Hat das noch etwas mit 'Zusammenleben' zu tun?

Ihr, liebe Landrätinnen und Landräte, liebe Regierungsmitglieder, setzt euch für unser Zusammenleben ein und opfert dafür auch viel Freizeit. Leider wird das nicht immer ästiiert.

Nehmt das Leben und Euch selber nicht zu ernst. Mit einer Prise Humor, einer positiven Lebenseinstellung und Offenheit bringen wir die verschiedenen Lebensauffassungen sicher und zum Wohl unseres Kantons unter einen Hut. Profilneurosen und das Verbreiten von negativer Stimmung in gehässigem Ton dürfen hier keinen Platz haben. Konstruktiv statt destruktiv – das ist ein Muss für alle, die aktiv die Probleme in unserem Kanton lösen wollen. Gerade in der jetzigen, schwierigen Zeit ist es noch viel wichtiger, dass wir miteinander am gleichen Strick ziehen und sachlich und anständig bleiben. Und denkt daran: Unser Staat funktioniert nur, wenn das Parlament und die Regierung gut zusammenarbeiten.

Ich danke Euch allen für das vergangene Jahr, und ich wünsche mir, dass sich alle an ihr Amtsgelübde erinnern können. Dort habt Ihr alle versprochen, dass ihr die Verfassung und die Gesetze achten wollt, und so erwarte ich, dass Ihr Euch getreu dem § 1 der Kantonsverfassung für einen eigenständigen Kanton Basel-Landschaft einsetzt.

Nun habe ich aber lange genug geredet. Ich wünsche Euch allen eine erholsame Sommerpause, und ich freue mich, wenn Ihr Jürg Degen heute Abend die Reverenz erweist. Damit ist die Sitzung geschlossen; vielen Dank.» [Applaus]

Für das Protokoll:

Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Begründung der persönlichen Vorstösse

Nr. 645

[2012/178](#)

Motion von Marie-Therese Müller vom 21. Juni 2012: Sofortige Aufhebung des Steuerprivilegs fürs Bausparen

Nr. 646

[2012/179](#)

Motion von Marc Joset vom 21. Juni 2012: Änderung des Steuergesetzes zur Abschaffung des Bausparens

Nr. 647

[2012/181](#)

Motion von Jürg Wiedemann vom 21. Juni 2012: Berufsvorbereitende Schule BVS 2: Blick nach vorne

Nr. 648

[2012/182](#)

Motion von Thomas Schulte vom 21. Juni 2012: Finanzierungsprinzipien betreffend Öffentlicher Verkehr

Nr. 649

[2012/183](#)

Motion von Andreas Bammatter vom 21. Juni 2012: Wirkungsvolle Bekämpfung der Schwarzarbeit im Kanton BL

Nr. 650

[2012/184](#)

Motion von Regula Meschberger vom 21. Juni 2012: Änderung des Gemeindegesetzes in Bezug auf die Behandlung von Initiativen zur Einführung der ausserordentlichen Gemeindeorganisation

Nr. 651

[2012/185](#)

Motion von Urs Leugger vom 21. Juni 2012: Einführung Mehrwertabgabe

Nr. 652

[2012/186](#)

Postulat von Balz Stückelberger vom 21. Juni 2012: Erleichterte Arbeitszeiterfassung für Kantonsangestellte

Nr. 653

[2012/187](#)

Postulat von Rahel Bänziger vom 21. Juni 2012: Offenlegung wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Interessen in Spitälern

Nr. 654

[2012/188](#)

Postulat von Jürg Wiedemann vom 21. Juni 2012: Überprüfung Standortkonzept FHNW

Nr. 655

[2012/189](#)

Postulat von Christoph Buser vom 21. Juni 2012: Gegenrecht bei der Gewerbeparkkarte aushandeln

Nr. 656

[2012/190](#)

Postulat der SVP-Fraktion vom 21. Juni 2012: Einsparungen durch Effizienz bei der Staatsanwaltschaft

Nr. 657

[2012/191](#)

Postulat von Guido Halbeisen vom 21. Juni 2012: Vertiefte Abklärungen möglicher Standorte für Gaskombikraftwerke im Kanton Baselland

Nr. 658

[2012/192](#)

Postulat von Guido Halbeisen vom 21. Juni 2012: Einspeisevergütung und Förderung von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen im Kanton Baselland

Nr. 659

[2012/193](#)

Postulat von Klaus Kirchmayr vom 21. Juni 2012: Verkehrssteuern sollen Kosten der Strassenrechnung decken

Nr. 660

[2012/194](#)

Postulat von Klaus Kirchmayr vom 21. Juni 2012: Eliminierung von Fehlanreizen bei den Ertragssteuern für Firmen

Nr. 661

[2012/195](#)

Verfahrenspostulat von Regina Werthmüller vom 21. Juni 2012: Keine Landrats-Traktanden ohne vorliegenden Bericht

Nr. 662

[2012/196](#)

Verfahrenspostulat der Grünen-Fraktion vom 21. Juni 2012: PUK VGD

Nr. 663

[2012/197](#)

Interpellation von Elisabeth Augstburger vom 21. Juni 2012: Schutz vor Passivrauchen

Nr. 664

[2012/198](#)

Interpellation von Agathe Schuler vom 21. Juni 2012: Auswirkungen des Sachplan Infrastruktur Luftfahrt des Euroairports: Wird Basel doch zum Überlaufgefäss von Zürich?

Nr. 665

[2012/199](#)

Interpellation von Klaus Kirchmayr vom 21. Juni 2012: Neuberechnung der Ertragsstrukturen im Kanton Basel-land

Nr. 666

[2012/200](#)

Interpellation von Balz Stückelberger vom 21. Juni 2012: Laufbahnbeschleunigungen für Schülerinnen und Schüler mit überdurchschnittlicher Begabung

Nr. 667

[2012/201](#)

Interpellation der SP-Fraktion vom 21. Juni 2012: Informationsrechte und Landratsstätigkeiten

Landratspräsident Urs Hess (SVP) stellt keine Wortbegehren fest.

*Für das Protokoll:
Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei*

Schluss der Landratssitzung 11'55 Uhr

Die nächste Landratssitzung findet statt am

6. September 2012

Für die Richtigkeit des Protokolls

Im Namen des Landrats

der Präsident:

der Landschreiber: